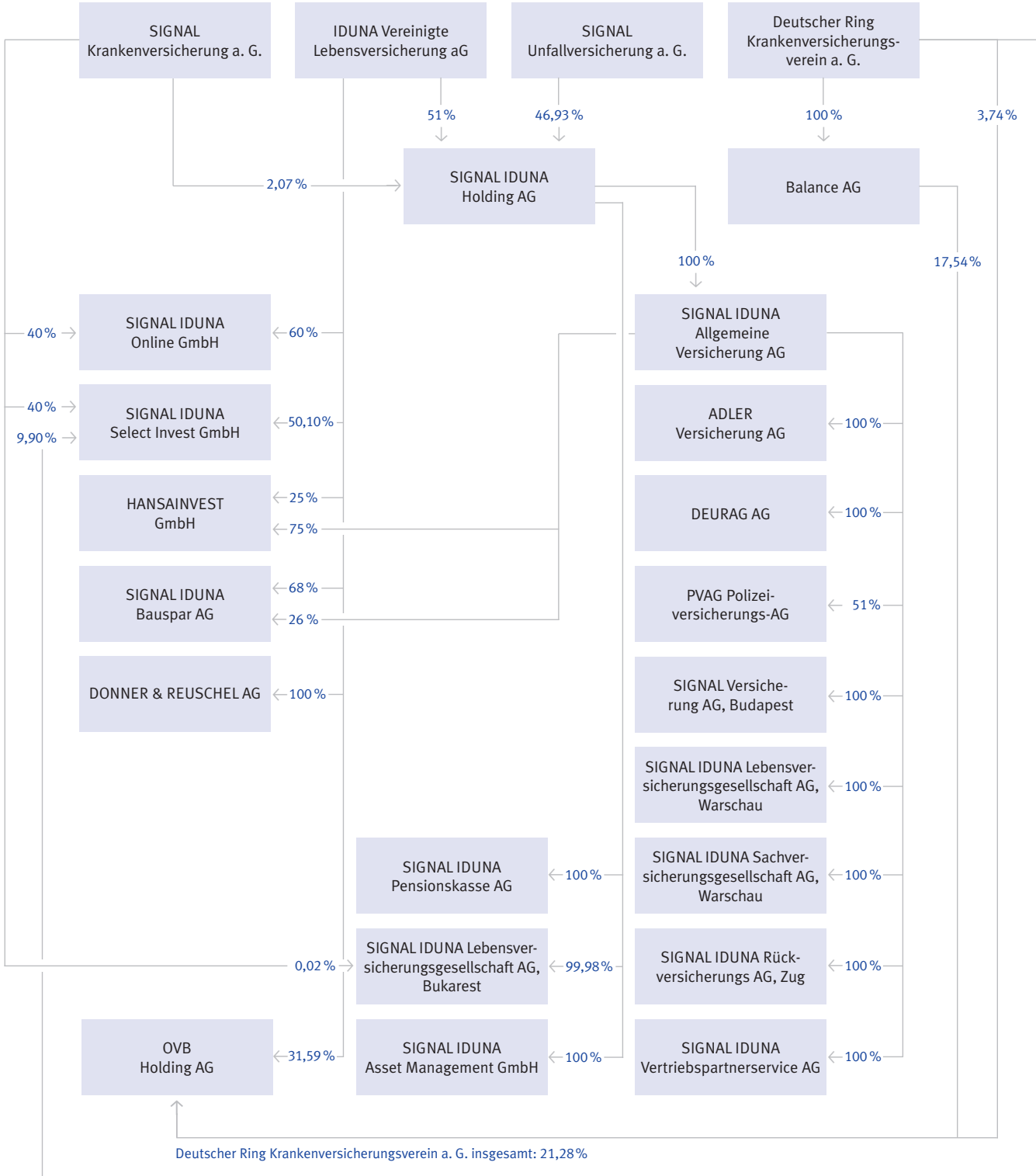


GESCHÄFTSBERICHT
2013

		2013	2012	2011
Vertragsbestand				
Laufender Beitrag für ein Jahr in der Lebensversicherung	in Mrd. EUR	1,264	1,261	1,252
Selbst abgeschlossene Lebensversicherungsverträge	in Mio.	2,243	2,297	2,342
Versicherte natürliche Personen in der Krankenversicherung	in Mio.	2,609	2,627	2,641
Selbst abgeschlossene Schaden- und Unfallversicherungsverträge	in Mio.	7,410	7,375	7,344
Versicherungs- und Sparbeiträge				
	in Mio. EUR			
Lebensversicherung		1 552	1 456	1 501
Krankenversicherung		2 744	2 776	2 731
Schaden- und Unfallversicherung		1 190	1 153	1 122
Rückversicherung		129	127	114
Spar- und Tilgungseingänge im Bauspargeschäft		169	162	161
Netto-Mittelaufkommen im Investmentgeschäft		2 500	935	420
Leistungen für Versicherungsfälle				
	in Mio. EUR			
Lebensversicherung		1 613	1 627	1 792
Krankenversicherung		2 081	2 048	1 989
Schaden- und Unfallversicherung		877	780	768
Rückversicherung		105	86	83
Assets Under Management				
	in Mio. EUR			
Kapitalanlagen in der Lebensversicherung		20 379	19 942	19 407
Kapitalanlagen in der Krankenversicherung		19 495	18 071	17 202
Kapitalanlagen in der Schaden- und Unfallversicherung		2 923	2 829	2 782
Kapitalanlagen in der Rückversicherung		445	372	313
Baudarlehen und Kapitalanlagen im Bauspargeschäft		824	792	792
Fondsvermögen im Investmentgeschäft ¹⁾		6 516	5 174	4 277
Assets Under Management im Bankgeschäft		8 179	9 009	8 875
Mitarbeiter				
Angestellte Mitarbeiter		8 891	9 150	8 908
Haupt- und nebenberufliche Vertreter		23 049	19 131	14 551

¹⁾ ohne gruppeneigene Spezialfonds



		2013	2012	*)
Absolute Kennzahlen	in Mio. EUR			
Gebuchte Bruttobeiträge		679,6	686,3	
Aufwendungen für Versicherungsfälle f.e.R.		495,0	474,4	
Nettoerträge aus Kapitalanlagen		168,3	180,2	
Rechnungsmäßiger Überschuss vor Steuern vom Einkommen und Ertrag		117,9	146,7	
Deckungsrückstellung		3 819,0	3 646,5	
Rückstellung für Beitragsrückerstattung		312,2	270,3	
Eigenkapital		195,4	188,6	
Kapitalanlagen		4 484,1	4 119,8	
Kennzahlen nach dem Kennzahlenkatalog des Verbandes der privaten Krankenversicherung				
Kennzahlen zur Sicherheit und Finanzierbarkeit	in %			
Eigenkapitalquote		28,8	27,5	A(1)
RfB-Quote		43,7	37,1	A(2)
RfB-Zuführungsquote		14,8	17,1	A(3)
RfB-Entnahmeanteile				
Einmalbeiträge		57,1	46,6	A(4)1
Barausschüttungen		42,9	53,4	A(4)2
Überschussverwendungsquote		94,2	95,6	A(5)
Kennzahlen zum Erfolg und zur Leistung	in %			
Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote		16,1	16,2	B(1)
Schadenquote		73,0	69,7	B(2)
Verwaltungskostenquote		2,7	2,7	B(3)
Abschlusskostenquote		8,2	11,3	B(4)
Nettoverzinsung		3,9	4,4	B(5)
Kennzahlen zum Bestand und zur Bestandsentwicklung				
Bestandskennzahlen				
Bestandsgröße insgesamt				
Verdiente Bruttobeiträge	in Mio. EUR	679,6	686,3	C(1)a1
Versicherte natürliche Personen	in Tausend			
insgesamt		640,0	653,1	C(1)a2
Vollversicherung		136,3	138,0	C(1)a2
Ergänzungsversicherung		503,7	515,0	C(1)a2
Wachstumskennzahlen	in %			
Wachstumsrate				
gemessen an verdienten Bruttobeiträgen		– 1,0	5,7	C(2)a
gemessen an versicherten natürlichen Personen				
insgesamt		– 2,0	– 0,7	C(2)b1
Vollversicherung		– 1,2	1,1	C(2)b2
Ergänzungsversicherung		– 2,2	– 1,2	C(2)b3

*) Positionsnummer im Kennzahlenkatalog des PKV-Verbandes

GESCHÄFTSBERICHT
2013



6	Vorwort des Vorstandsvorsitzenden
8	Lagebericht
31	Jahresabschluss
32	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013
36	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013
	Anhang
41	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
46	Entwicklung der Aktivposten B, C I bis III im Geschäftsjahr 2013
48	Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2013
56	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013
59	Sonstige Angaben
60	Organe
66	Konzernangaben
67	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
69	Bericht des Aufsichtsrates
70	Servicenet

Vorwort des Vorstandsvorsitzenden



Ulrich Leitermann,
Vorstandsvorsitzender

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit nunmehr einem halben Jahrzehnt sind wir jetzt „krisenerprobt“. 2013 jedoch könnte als ein Jahr der Wende in die europäische Geschichte eingehen. In vielen Ländern geht es wirtschaftlich wieder bergauf. Deutschland selbst verzeichnet rund 42 Mio. Erwerbstätige – mehr als jemals zuvor. Unsere Wirtschaft ist gewachsen – wenn auch im vergangenen Jahr nur um etwa 0,4 %. Die Aussichten für 2014 und 2015 werden jedoch deutlich positiver eingeschätzt, und die Stimmung in der Wirtschaft ist sehr gut, nicht zuletzt auch wegen der lockeren Geldpolitik der Europäischen Zentralbank.

Der Aufschwung hat allerdings seinen Preis. Die Niedrigzinsphase zog sich durch das alte Jahr und wird uns auch 2014 weiter beschäftigen. Sie macht es zunehmend schwerer, zufriedenstellende Renditen für unsere Lebensversicherungsprodukte zu erwirtschaften. Auch deshalb war 2013 für die Versicherungswirtschaft ein Jahr zahlreicher Herausforderungen. Die Nachfrage nach Versicherungsprodukten lag nied-

riger als im Vorjahr. Viele Schadenereignisse, vor allem durch Naturkatastrophen ausgelöst, erhöhten dagegen die Versicherungsleistungen zum Teil beträchtlich.

Andererseits konnte unsere Branche dadurch einmal mehr ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Mit 7 Mrd. EUR hat sie viel geleistet zur Wiederherstellung von Hab und Gut nach heftigen Zerstörungen durch Stürme, Hagel und Hochwasser. Auch wir haben unseren Teil dazu beigetragen, dass die finanziellen Schäden schnell und unbürokratisch behoben werden konnten. Daran haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit viel Einsatz mitgewirkt. Gemeinsam haben sie damit das Versprechen von Service und Qualität der Marke SIGNAL IDUNA eingelöst.

Solche und ähnliche Erfahrungen, aber auch die gute Konjunktur und die damit gestiegene Ausgabenbereitschaft der Verbraucher können sich positiv für unsere Branche auswirken. Für 2014 erwarten wir daher leicht steigende Beiträge.

Außerdem wird vielen Menschen immer stärker bewusst: Ohne mehr private Vorsorge wird es unserer alternden Gesellschaft nicht gelingen, den gewohnten Lebens- und Versorgungsstandard aufrechtzuerhalten. Die Absicherung im Alter, vor allem gegen Krankheit und Pflegebedürftigkeit, sowie die zunehmende Altersarmut werden zu großen gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Die wichtigsten Mittel gegen Altersarmut sind ein funktionierender Arbeitsmarkt mit genügend Arbeitsplätzen und auskömmlichen Verdienstmöglichkeiten sowie die vorausschauende Absicherung für das Alter, um Versorgungslücken rechtzeitig zu schließen. Gleiches gilt für die Gesundheitsvorsorge unserer immer älter werdenden Gesellschaft, in der die Nachfrage nach Leistungen deutlich steigt.

Vor diesem Hintergrund sehen wir besondere Wachstumschancen in den Bereichen Altersvorsorge und Gesundheit, aber auch im Ausbau der Kompositversicherungen. Hier sind wir weniger stark sozialpolitischen Anforderungen und Wünschen ausgesetzt und erfüllen dennoch eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Denn eines ist gewiss: Ohne die passende Risikoabsicherung im privaten und gewerblichen Bereich funktioniert keine moderne Gesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Ulrich Leitermann

SIGNAL IDUNA Gruppe erzielt ein Beitragswachstum in Höhe von 1,9 %

SIGNAL IDUNA Gruppe erhöht die Kapitalanlagen und Kundengelder auf rund 59 Mrd. EUR

30 000 Tarifversicherte haben sich für die geförderte ergänzende Pflegeversicherung der SIGNAL IDUNA Gruppe entschieden

Deutscher Ring Kranken baut die Eigenkapitalquote auf 28,8 % weiter aus

Deutscher Ring Kranken steigert die RfB-Quote auf 43,7 %

Deutscher Ring Kranken setzt mit niedrigen Beitragsanpassungen im Bestand langjährige Beitragsstabilität fort

Deutscher Ring Kranken erzielt beim ASSEKURATA Unternehmensrating erneut ein A+ (Sehr gut)

Deutscher Ring Kranken erhält im M-Rating des map-reports erneut die Höchstnote mmm (Hervorragend) und belegt den 2. Platz

Lagebericht

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Lage

Die weltweite konjunkturelle Entwicklung wird aktuell vor allem von den Industrieländern getragen, während das Wachstum in den Schwellenländern ausgehend von einem hohen Niveau etwas nachlässt. Erstmals konnte unter den Krisenländern der Eurozone nach Portugal nun auch Spanien wieder ein leicht positives Wachstum erzielen. Zur Stützung der schwachen Kreditvergabe sowie der konjunkturellen Entwicklung im Euroraum hat die Europäische Zentralbank (EZB) Anfang November 2013 den Leitzins erneut auf jetzt 0,25 % abgesenkt.

Die deutsche Wirtschaft hat ihren Wachstumskurs in 2013 weiter fortsetzen können. Gegenüber dem Vorjahr fiel das Wachstum mit 0,4 % allerdings um 0,3 %-Punkte geringer aus.

Die positive Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes dokumentiert sich in der kontinuierlich steigenden Zahl der Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Arbeitslosenquote lag mit 6,9 % auf einem, im Vergleich zu den Vorjahren, niedrigen Niveau. Vor allem der private Konsum und der Wohnungsbau profitieren dabei von der positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes, den realen Einkommenssteigerungen sowie den günstigen Finanzierungsbedingungen.

Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte hat sich in 2013 weiter verbessert. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte lagen um 2,1 % höher als im Vorjahr. Auch unter Berücksichtigung des zuletzt nur moderaten Preisanstiegs verfügen die Haushalte damit über spürbare Einkommenszuwächse. Allerdings führen die sehr niedrigen Zinsen trotz des moderaten Preisanstiegs zu real negativen Sparzinsen.

Dies hat eine rückläufige Sparquote zur Folge. Insgesamt könnte sich hierdurch auch zukünftig eine weitere Zunahme des privaten Verbrauchs ergeben.

Entwicklung der Kapitalmärkte

Zwar stand die Kapitalmarktentwicklung im Jahr 2013 unverändert im Zeichen der Krise der Euro-Peripheriestaaten Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien, jedoch hat diese Entwicklung infolge der weiterhin extrem expansiven Geldpolitik der Notenbanken und des expliziten Bekenntnisses der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Euro-Rettung vom Sommer 2012 ihren Schrecken weitgehend verloren. Dank der übermäßig zur Verfügung gestellten Liquidität verzeichneten die Märkte insgesamt eine über den Erwartungen liegende erfreuliche Entwicklung.

Ein Einfluss der expansiven Geldpolitik zeigte sich vor allem in der Entwicklung der Aktienmärkte im Jahr 2013. Trotz tendenziell rückläufiger Unternehmensgewinne konnten die bedeutenden Aktienindizes der führenden Industrienationen ohne Ausnahme prozentual zweistellig zulegen.

Auch an den Rentenmärkten konnten im Jahr 2013 erfreuliche Erträge erzielt werden. Zwar erreichte die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen im Zuge der politischen Krise in Italien und Zypern im 2. Quartal 2013 nochmals historische Tiefstände; im weiteren Verlauf entwickelte sie sich jedoch positiv und lag per Jahresultimo bei 1,9 % – im Vergleich zu 1,3 % am 31. Dezember 2012. Eine insgesamt positive Entwicklung zeigten dank der eingeleiteten Maßnahmen auch die Anleihen der Peripheriestaaten – hier allen voran Irland, das in 2013 den Weg zurück zum Kapitalmarkt schaffte.

Entwicklung der deutschen Versicherungswirtschaft

Die Versicherungswirtschaft leistet für Wirtschaft und Gesellschaft einen herausragenden, unverzichtbaren Beitrag. Sie fungiert als Schlüsselbranche für die gesamte deutsche Volkswirtschaft.

Die deutsche Versicherungswirtschaft nimmt international eine Spitzenposition ein. Deutschland hat den weltweit sechstgrößten Erstversicherungsmarkt. Deutsche Erstversicherer gehören zu den führenden Anbietern auf vielen ausländischen Versicherungsmärkten. Im Rückversicherungsgeschäft ist Deutschland mit einem Anteil von 31 % der globalen Beiträge sogar der weltweit führende Standort. Diese Stärke spiegelt sich in einer einzigartigen Kompetenzlandschaft wider, die durch eine große Vielfalt von Versicherungsunternehmen, leistungsfähige Verbands- und Aufsichtsstrukturen, eine Vielzahl fachlicher Organisationen sowie eine hochkarätige Forschung und Lehre gekennzeichnet ist. Die Versicherungswirtschaft trägt direkt oder indirekt – über ihre Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen anderer Branchen und die Konsumausgaben ihrer Beschäftigten – in erheblichem Umfang zur Beschäftigung, zum Bruttoinlandsprodukt und zu den öffentlichen Haushalten in Deutschland bei. Für insgesamt 1,3 Mio. Menschen wird durch die Versicherungswirtschaft Erwerbstätigkeit generiert. Das entspricht gut 3 % aller Erwerbstätigen. Der entsprechende Beitrag der Versicherungswirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt Deutschlands beträgt mit 90,6 Mrd. EUR mehr als 3,4 %. Die durch die Versicherungswirtschaft direkt, indirekt oder konsuminduziert generierten Steuereffekte belaufen sich auf mehr als 4,4 % des gesamten Steueraufkommens in Deutschland. Auch ermöglichen die vergleichsweise geringen Schwankungen bei den Steuereinnahmen aus der Versicherungswirtschaft eine hohe Planungssicherheit für die öffentliche Hand. Durch die unverzichtbaren Funktionen, die die Versicherungswirtschaft für Wirtschaft und Gesellschaft übernimmt, ist ihre Bedeutung für das gesamtwirtschaftliche Wachstum höher als die fast aller anderen Branchen. Versicherer schaffen Freiräume für unternehmerische Aktivität und ermöglichen Innovationen und Wirtschaftswachstum.

Nachdem die Beitragseinnahmen in der Versicherungswirtschaft insgesamt in 2012 um 2,0 % gestiegen waren, entwickelte sich in 2013 die Versicherungsnachfrage laut dem Gesamtverband der Deutschen Ver-

sicherungswirtschaft e. V. (GDV) insgesamt positiv. Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,0 %. Hierzu trug vor allem die hohe Dynamik im Einmalbeitragsgeschäft der Lebensversicherung bei. Insgesamt erzielte die Lebensversicherung im weiteren Sinn (i. w. S.), also mit Pensionskassen und Pensionsfonds, ein Beitragsplus von 4,0 %. In der privaten Krankenversicherung kam es zu einem leichten Beitragsanstieg (+0,7 %). In der Schaden- und Unfallversicherung verlief das Geschäft expansiv (+3,0 %).

Private Krankenversicherung im Markt

Im Jahr 2013 betrug die Beitragseinnahmen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung 35,9 Mrd. EUR. Das ist im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 0,7 %. Gebremst wurde das Wachstum durch die Einführung des Notlagentarifs zum 1. August 2013 in der Krankheitskostenvollversicherung, die bei den Versicherungsunternehmen zu höheren Wertberichtigungen bei den Beiträgen führten. Von dem Mehrbeitrag entfallen 33,8 Mrd. EUR (+0,6 %) auf die Krankenversicherung und 2,1 Mrd. EUR (+1,7 %) auf die Pflegeversicherung.

Der Versichertenbestand in der Krankheitskostenvollversicherung belief sich im Jahr 2013 annähernd auf 8,9 Mio. Personen; gegenüber dem Vorjahr ging er um rund 66 300 Personen bzw. 0,7 % zurück. Die Zahl der Zusatzversicherten nahm im Jahr 2013 um 2,0 % auf 23,5 Mio. Personen zu. Die ausgezahlten Versicherungsleistungen betrugen im Jahr 2013 24,3 Mrd. EUR (+4,2 %).

Im abgelaufenen Jahr haben zahlreiche politische Veränderungen und neue Vorschriften das Umfeld der privaten Krankenversicherung beschäftigt:

• Einführung Unisex-Tarife

Der Europäische Gerichtshof hat für Verträge von privaten Verbrauchern entschieden, dass ab dem 21. Dezember 2012 geschlechtsspezifische Merkmale bei der Tarifierung im Neugeschäft nicht mehr verwendet

werden dürfen (Unisex). Damit war 2013 das erste vollständige Geschäftsjahr, in dem im Neugeschäft nur noch Unisex-Tarife angeboten wurden. Die zum Teil höheren Beiträge als in der bisherigen Bisex-Welt resultierten aus den aktualisierten Rechnungsgrundlagen, einer vorsichtig anzusetzenden Geschlechterverteilung und der Absenkung des Rechnungszinses von 3,5 % auf einen niedrigeren Wert wie z. B. 2,75 %, die wegen der anhaltend niedrigen Zinsen von der Deutsche Aktuarvereinigung empfohlen wurde. Damit wird sichergestellt, dass ausreichende Mittel für die Beitragsstabilisierung im Alter generiert werden können. Die beiden Krankenversicherer der SIGNAL IDUNA Gruppe, die SIGNAL Krankenversicherung a. G. und der Deutscher Ring Krankenversicherungsverein a. G., haben bisher eine deutlich höhere Nettoverzinsung als 3,5 % erzielt. Das zeigt, dass die Rechnungszinsabsenkung bei den neuen Unisex-Tarifen für unsere Unternehmen aus Gründen der Vorsorge und Nachhaltigkeit erfolgt ist.

• Staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung (gePV)

Die staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung wird seit Jahresbeginn 2013 angeboten. Sie bietet allen Erwachsenen die Möglichkeit, mit geringen Beiträgen die drohende Finanzierungslücke im Pflegefall teilweise zu schließen. Der Staat fördert die Versicherung mit monatlich 5 EUR. Über 350 000 Menschen haben in Deutschland in 2013 eine geförderte Pflegezusatzversicherung abgeschlossen. Bei unseren beiden Krankenversicherern haben sich ca. 30 000 Personen für diese sinnvolle Ergänzung entschieden. Damit liegt unser Marktanteil von 8,3 % bei diesem Produkt über unserem allgemeinen Marktanteil in der Krankenversicherung.

• Notlagentarif

Aufgrund des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes vom 26. März 2007 wurde für die private Krankenversicherung (PKV) eine Sonderregelung für den Fall des Zahlungsverzugs in § 193 Abs. 6 VVG eingeführt. Bei Zahlungsverzug kann danach der Versicherungsvertrag nicht mehr gekündigt werden. Stattdessen

wird das Leistungsniveau auf die Aufwendungen beschränkt, die zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände sowie bei Schwangerschaft und Mutterschaft erforderlich sind.

Die ursprüngliche Regelung hat sich als nicht sachgerecht erwiesen. Sie bot kein geeignetes Instrumentarium, um säumige Beitragszahler zur Zahlung anzuhalten. Hieraus entstanden erhebliche Beitragsverluste. Diese beliefen sich in der privaten Krankenversicherung zum 31. Dezember 2012 auf über 745 Mio. EUR. Die ursprüngliche gesetzliche Regelung war aber auch für die Betroffenen nicht sachgerecht. Insbesondere die vorgesehene Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses im Basistarif hätte aufgrund des hohen Beitragsniveaus in diesem Tarif häufig zu einer Verschlechterung für die Betroffenen geführt. Die Beitragslast wäre zusätzlich gestiegen. Eine Rückkehr aus dem Basistarif wäre für die Betroffenen in den meisten Fällen faktisch ausgeschlossen gewesen.

Die umgesetzte Regelung zur Einführung eines Notlagentarifs führt zu einem sachgerechten Interessenausgleich. Für die Betroffenen ändert sich der Umfang des Versicherungsschutzes im Vergleich zur bestehenden Rechtslage nicht. Aufgrund der vorgesehenen Rahmenbedingungen des Notlagentarifs kommt es für die Betroffenen zudem zu einer deutlichen Beitragssenkung. Dies gilt insbesondere im Vergleich zur Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses im Basistarif. Der Bestand der Nichtzahler wird rückwirkend zu Beginn des Zahlungsverzuges in den Notlagentarif umgestellt. Dadurch reduzieren sich die aufgebauten Beitragsforderungen zum Teil sehr deutlich (Entschuldung). Die betroffenen Versicherten erhalten eine echte Perspektive, nach Ausgleich sämtlicher Forderungen und Bezahlung der Prämien im Notlagentarif das ursprüngliche Versicherungsverhältnis fortzuführen. Dies führt aber auch zu erhöhten Ausbuchungen von Beitragsforderungen und somit zu Beitragsrückgängen in der Vollversicherung. Die Bundesregierung hat die Einführung eines Notlagentarifs zum 1. August 2013 beschlossen.

• GOÄ-Novelle

Die Bundesärztekammer und der PKV-Verband haben im November 2013 eine Rahmenvereinbarung zu einer umfassenden Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) unterzeichnet, mit der eine moderne Gebührenordnung geschaffen werden soll. Bundesärztekammer und PKV-Verband konstatieren in der Rahmenvereinbarung, dass die GOÄ seit 1982 nur in Teilbereichen aktualisiert worden ist. Wichtige Bereiche der Medizin seien im Gebührenverzeichnis der GOÄ auf dem Stand vom Ende der 1970er Jahre nicht abgebildet. Deshalb war es zwischen den Vereinbarungspartnern unstrittig, dass eine umfassende Überarbeitung der GOÄ im Interesse der Patienten und aller anderen Beteiligten geleistet werden musste. Der gemeinsame Vorschlag soll dem federführenden Bundesgesundheitsministerium in 2014 vorgelegt werden.

• Politisches Umfeld 2013

Im Jahr 2013 gab es zum Teil massive öffentliche Kritik an dem Geschäftsmodell der privaten Krankenversicherung. Den privaten Krankenversicherungen wurde zum Beispiel vorgeworfen, dass hohe Beitragsanpassungen dazu führen, dass sich ältere Versicherte ihren Krankenversicherungsschutz nicht mehr leisten können. Auch wurde kritisiert, dass es unterschiedlich lange Wartezeiten für privat und gesetzlich Krankenversicherte bei Facharztterminen gibt. Die Kritik gipfelte in Entwürfen zu einer Bürgerversicherung, welche SPD, Grüne und Linke im Wahlkampf zur anstehenden Bundestagswahl im September 2013 propagierten und die zur Abschaffung der privaten Krankenversicherung geführt hätten. Nach umfassender Kritik an einer Bürgerversicherung, auch aus den Reihen der Gewerkschaften, verfolgte die SPD die Idee der Bürgerversicherung in der Öffentlichkeit nicht weiter. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sind keine Regelungen enthalten, die direkt und ausschließlich die PKV betreffen. Veränderungen an der Dualität von privater und gesetzlicher Krankenversicherung sind nicht vorgesehen.

Nach wie vor ist die private Krankenversicherung eine unverzichtbare Säule des Gesundheitswesens. Zahllose Studien und ganz aktuell auch der OECD-Wirtschafts-

bericht für Deutschland zeigen: Die Bevölkerung hierzulande schrumpft und altert vergleichsweise schnell. Das stellt die Wachstumskräfte unserer Gesellschaft und unsere sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen. Um dem entgegenzuwirken, ist das Modell der PKV in Deutschland beispielhaft, da es mit dem Aufbau von Alterungsrückstellungen in Höhe von mehr als 180 Mrd. EUR zur Generationensolidarität beiträgt, ohne auf staatliche Mittel und damit auf die Steuerzahler zurückzugreifen.

Geschäftsverlauf unserer Gesellschaft

Positionierung im Markt

Der Deutscher Ring Krankenversicherungsverein a. G. (DR Kranken) schloss das Jahr 2013 mit einem guten Ergebnis ab. Das Unternehmen erzielte trotz der notwendigen Wertberichtigungen aus der Einführung des Notlagentarifs mit 679,6 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr annähernd gleichbleibende Beiträge. Der Kapitalanlagebestand konnte auf 4,5 Mrd. EUR gesteigert werden. Die Stornoquote im Bestand konnte um 0,5 %-Punkte auf 4,9 % verbessert werden. Dies trug maßgeblich zur Stabilisierung des Marktanteils bei. Mit einem Anteil von 90 % am Neugeschäft sind die Freien Vertriebe der mit Abstand stärkste Vertriebsweg des Unternehmens.

Im aktuellen PKV-M-Rating des map-Reports wurde an den DR Kranken ausgehend von den Bewertungskriterien Bilanzkennzahlen, Service und Beitragsentwicklung die Bestnote „mmm“ (=hervorragend) vergeben. Der DR Kranken erreichte dabei den 2. Platz; bei der Beitragsentwicklung ging der DR Kranken als Sieger hervor. Insgesamt wurden 31 Gesellschaften untersucht, von denen lediglich 6 Gesellschaften die Bestnote „mmm“ erhielten.

Im Folgerating 2013 von ASSEKURATA erreichte der DR Kranken ein sehr gutes Urteil (A+): Die Sicherheitslage des DR Kranken blieb unverändert EXZELLENT. Mit 27,5 % der verdienten Beiträge weist der DR Kranken dort eine weit über dem Marktdurchschnitt (15,3 %) liegende Eigenkapitalquote aus. Der DR Kranken ge-

hört zu den beitragsstabilsten Krankenversicherern. Erneut wurde die Beitragsstabilität mit EXZELLENT bewertet. Im Mittel der vergangenen zehn Jahre liegt der durchschnittliche Anpassungssatz von 2,4 % in der Vollversicherung nach wie vor deutlich unter dem Niveau der von ASSEKURATA gerateten Krankenversicherer (ASSEKURATA-Durchschnitt: 5,2 %). Verbessert hat sich die Kundenorientierung der DR Kranken, die jetzt mit GUT bewertet wird. Unsere Aktivitäten im Gesundheits- und Leistungsmanagement haben dazu geführt, dass wir unseren Kunden zum Jahresanfang 2014 erneut unsere Beitragsstabilität beweisen konnten – es gab keine Beitragserhöhungen aufgrund gestiegener Leistungsausgaben.

Die Zeitschrift „Focus Money“ hat den Tarif Ambulant-PLUS in der Kategorie „Zusatzversicherung-Vollschutz“ als Testsieger mit der Bestnote „hervorragend = FFF“ ausgezeichnet.

In der Studie AssCompact TRENDS I / 2013 wurde der DR Kranken zum wiederholten Male ausgezeichnet und erreichte in der Kategorie „PKV-Vollversicherung“ den dritten Platz.

Seit 2011 kooperiert auch der DR Kranken mit den Innungskrankenkassen, mit denen die SIGNAL Kranken schon längere Kooperationsvereinbarungen unterhält. Seitdem bietet der DR Kranken im Kooperationsgeschäft die Tarife an, die im Rahmen der Kooperation mit der gesetzlichen Krankenversicherung (ISifair-Tarife) entwickelt wurden.

Ein weiteres interessantes Wachstumsfeld in der PKV ist die betriebliche Krankenversicherung (bKV). Aufgrund der demografischen Entwicklung muss sich Deutschland in vielen Branchen, insbesondere in den technischen Berufen und im Gesundheitssektor, auf Fachkräftemangel einstellen. Die bKV bietet Unternehmen daher eine günstige Möglichkeit, für Fachkräfte attraktiver zu werden und sie an sich zu binden. Für den DR Kranken wiederum bieten sich mit der bKV interessante Verkaufsansätze in der Zielgruppe von Handel, Handwerk und Gewerbe.

Betriebene Versicherungsarten

Wir betreiben die Krankheitskostenvollversicherung, die Krankentagegeldversicherung, die Krankenhaus-tagegeldversicherung, die Krankheitskostenteilversicherung, die Pflegepflichtversicherung, die staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung und die Pflegetagegeldversicherung als Versicherung gegen laufenden Beitrag. Die Krankheitskostenvollversicherung, die Pflegepflichtversicherung und die staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung bestehen als Einzelversicherung, alle anderen Arten als Einzel- und Gruppenversicherung. Darüber hinaus wird die Auslandsreisekrankenversicherung angeboten.

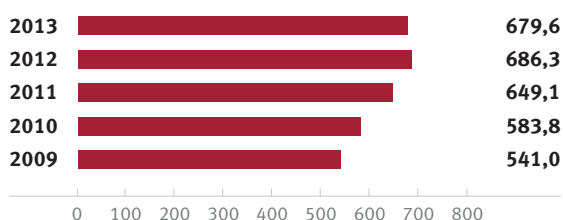
Lage der Gesellschaft

Beiträge

Im Jahr 2013 verringerten sich unsere gebuchten Bruttobeiträge, die fast ausnahmslos aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft stammen, um 1,0 % (Vorjahr: +5,7 %) auf 679,6 Mio. EUR. Der Rückgang ist mit 7,8 Mio. EUR auf die Umstellung in den Notlagentarif zurückzuführen. Ohne den Effekt aus der Umstellung in den Notlagentarif haben sich unsere gebuchten Bruttobeiträge – trotz nur geringfügiger Beitragsanpassungen im Geschäftsjahr 2013 – um 1,1 Mio. EUR erhöht.

Gebuchte Bruttobeiträge 2009 – 2013

in Mio. EUR

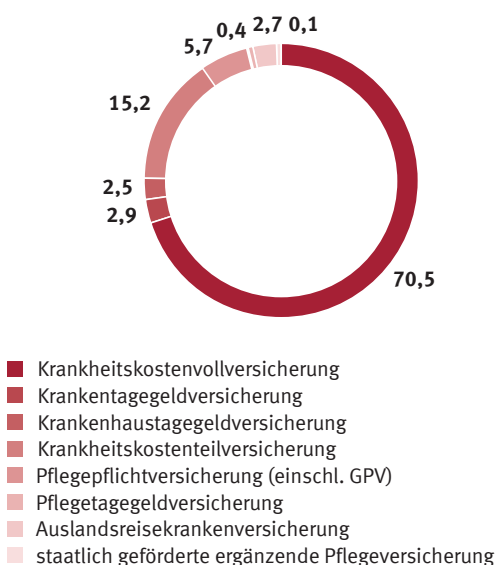


Während die Beiträge in der Krankenversicherung im engeren Sinne um 1,2 % auf 641,0 Mio. EUR sanken, stiegen sie in der Pflegepflichtversicherung um 2,3 % auf 38,5 Mio. EUR. Am stärksten verringerte sich die Beitragseinnahme in der Krankheitskostenvollversicherung um 4,5 Mio. EUR bzw. 0,9 % auf 478,7 Mio. EUR;

70,5 % unserer Beiträge resultieren aus dieser Versicherungsart.

Die Zusammensetzung der Beitragseinnahmen ist in dem unten stehenden Schaubild dargestellt.

Zusammensetzung der Beitragseinnahmen
in %



Aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnehmen wir zur weitgehenden Vermeidung von Beitragsanpassungen 35,9 Mio. EUR (Vorjahr: 25,7 Mio. EUR). Von diesem Betrag stammen 2,8 Mio. EUR (Vorjahr: 3,5 Mio. EUR) aus der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung, die aufgrund des § 12a Abs. 3 VAG verwendet wurden.

In den Beiträgen ist der gesetzliche Beitragszuschlag mit 27,2 Mio. EUR (Vorjahr: 27,3 Mio. EUR) enthalten.

Neugeschäft

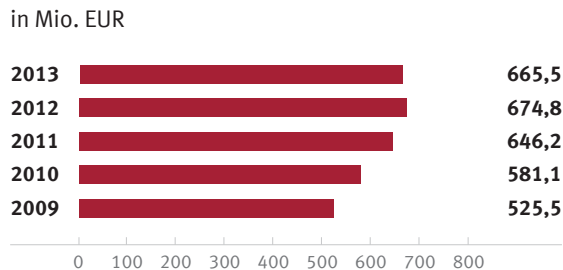
Der Zugang im Neugeschäft einschließlich der Pflegepflichtversicherung sank gegenüber dem Vorjahr um 46,8 %. Ursächlich hierfür waren die verhaltene Nachfrage der Kunden aufgrund der politischen Diskussion über die Zukunft der privaten Krankenversicherung vor

der Bundestagswahl, die Begrenzung der Abschlussprovisionen sowie die neuen – für Männer meist teureren – Unisex-Tarife. Der Zugang ist marktweit deutlich zurückgegangen. Besonders betroffen sind die Unternehmen, die im Wesentlichen mit freien Vertrieben arbeiten. Dies gilt auch für den DR Kranken, dessen Neugeschäft zu ca. 90 % von freien Vertrieben akquiriert wird. Dem rückläufigen Neugeschäft stehen jedoch – insbesondere aufgrund der geringen Beitragsanpassungen – gesunkene Abgänge gegenüber.

Versicherungsbestand

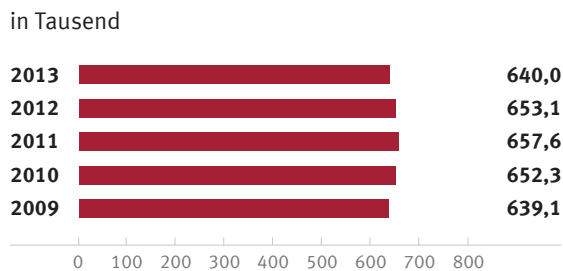
Der Versicherungsbestand gegen laufenden Beitrag verringerte sich um 1,4 % auf 665,5 Mio. EUR Jahres-sollbeitrag.

Jahressollbeitrag 2009 – 2013



In der Krankenversicherung (ohne Versicherung gegen Einmalbeitrag) waren am Jahresende 640 032 Personen bei uns versichert; dies sind 13 030 bzw. 2,0 % weniger als im Vorjahr. Von unseren Versicherten hatten 136 329 eine Vollversicherung – dies sind 21,3 % aller versicherten Personen und 1,2 % bzw. 1 715 Personen weniger als im Vorjahr – und 489 196 Personen (2,2 % bzw. 11 094 Personen weniger gegenüber dem Vorjahr) waren Zusatzversichert.

Versicherte Personen 2009 – 2013

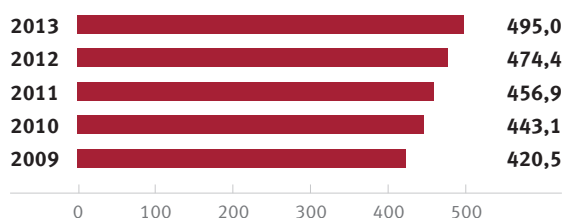


Leistungen an unsere Kunden

Aufgrund des starken Bestandswachstums in den Vorjahren erhöhten sich die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle um 20,4 Mio. EUR bzw. 4,3 % auf 495,0 Mio. EUR.

Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung 2009 – 2013

in Mio. EUR



Die Schadenquote gemäß Berechnung des PKV-Verbandes stieg von 69,7 % auf 73,0 %. Die Gesamtaufwendungen für die Versicherten, die sich aus den Aufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich der Zuführungen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen abzüglich der Zinszuführung und der Einmalbeiträge ergeben, verringerten sich im Geschäftsjahr 2013 um 1,9 % auf 607,3 Mio. EUR (Vorjahr: 618,8 Mio. EUR).

Betriebsaufwendungen

Die Abschlussaufwendungen verringerten sich – auch als Folge des geringeren Neugeschäftes – gegenüber dem Vorjahr um 28,0 % bzw. 21,8 Mio. EUR auf 56,0 Mio. EUR.

Die Abschlusskostenquote – bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge – verringerte sich um 3,1 %-Punkte auf 8,2 %.

Die Verwaltungsaufwendungen sanken – im Rahmen unseres Kostensenkungsprogramms – gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio. EUR bzw. 1,0 % auf 18,3 Mio. EUR. Die Verwaltungskostenquote – bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge – war mit 2,7 % gegenüber dem Vorjahr unverändert.

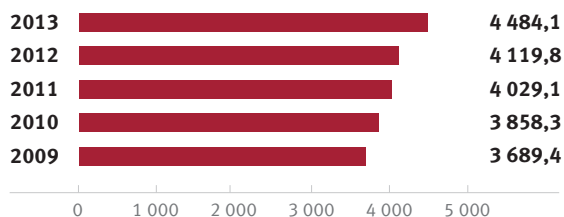
Kapitalanlagen

Trotz der insgesamt erfreulichen Entwicklung an den Kapitalmärkten waren das Neuanlage- und Kreditrisiko auch in 2013 weiterhin die maßgeblichen Risiken im Portfolio. Im Fokus der Anlage stand daher die Stabilisierung der laufenden Erträge in Verbindung mit einer guten Kreditqualität im Bestand der Zinsträger. Diesem Grundsatz folgend konnte in der langfristigen Neuanlage in 2013 im Durchschnitt eine Rendite von 4,1 % bei einer Laufzeit von 23,9 Jahren und einem Emissionsrating von AA- erzielt werden

Die Kapitalanlagen stiegen im Geschäftsjahr 2013 von 4,1 Mrd. EUR um 8,8 % auf 4,5 Mrd. EUR.

Kapitalanlagen 2009 – 2013

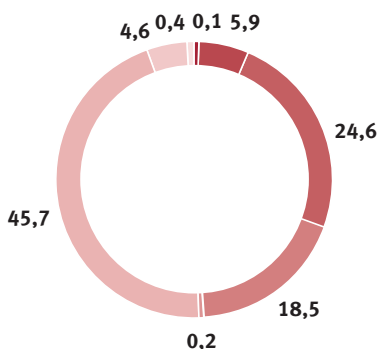
in Mio. EUR



Die Zusammensetzung der Kapitalanlagen ist in dem unten stehenden Schaubild dargestellt.

Zusammensetzung der Kapitalanlagen

in %



- Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte
- Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
- Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
- Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
- Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen
- Sonstige Ausleihungen
- Einlagen bei Kreditinstituten
- Andere Kapitalanlagen

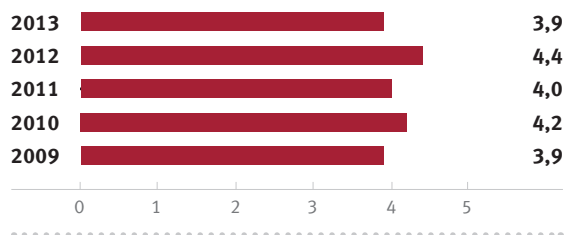
Strukturveränderungen des Kapitalanlagebestandes gab es bei den Einlagen bei Kreditinstituten, deren Anteil am Gesamtbestand sich um 3,4 %-Punkte erhöhte sowie bei der Position „Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“, die sich um 2,2 %-Punkte erhöhte. Die Anteile fast aller anderen Kapitalanlagearten gingen dagegen im Vergleich zum Vorjahr zurück.

Die Bewertungsreserven der Kapitalanlagen beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf 396,2 Mio. EUR; dies sind 114,9 Mio. EUR weniger als im Vorjahr, was im Wesentlichen auf gestiegene Kapitalmarktzinsen – auf einem nach wie vor niedrigem Niveau – zurückzuführen ist.

Das gesamte Kapitalanlageergebnis betrug 168,3 Mio. EUR (Vorjahr: 180,2 Mio. EUR); dies entspricht einer Nettoverzinsung von 3,9 % (Vorjahr: 4,4 %). Das ordentliche Kapitalanlageergebnis erhöhte sich um 16,7 Mio. EUR auf 181,1 Mio. EUR. Das außerordentliche Kapitalanlageergebnis verringerte sich dagegen deutlich um 28,6 Mio. EUR von 15,8 Mio. EUR auf -12,8 Mio. EUR; dies resultiert im Wesentlichen aus deutlich gesunkenen Veräußerungsgewinnen in 2013 im Vergleich zum Vorjahr.

Verzinsung gesamt netto 2009 – 2013

in %



Liquiditätslage

Die liquiden Mittel zum 31. Dezember 2013 beliefen sich auf 55,1 Mio. EUR (Vorjahr: 199,1 Mio. EUR). Zum Bilanzstichtag bestanden daneben Liquiditätsreserven in Form von Einlagen bei Kreditinstituten in Höhe von 206,2 Mio. EUR (Vorjahr: 50,0 Mio. EUR) sowie in Form darüber hinaus vorhandener sofort veräußerbarer Wertpapiere. Im Rahmen der detaillierten Liquiditätsplanung wird sichergestellt, dass wir jederzeit uneingeschränkt in der Lage sind, unseren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Rechnungsmäßiger Überschuss

Aufgrund erhöhter Zahlungen für Versicherungsfälle lag der rechnungsmäßige Überschuss nach Steuern mit 117,9 Mio. EUR um 28,8 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Hiervon wurden 10,9 Mio. EUR (Vorjahr: 23,1 Mio. EUR) gemäß § 12a Absätze 2 und 3 VAG zugunsten der Versicherten verwendet. Der danach verbliebene Bruttoüberschuss beträgt 107,0 Mio. EUR (Vorjahr: 123,7 Mio. EUR).

Die wichtigste Ergebnisquelle ist die Versicherungstechnik. Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote gibt hier in Prozent der verdienten Bruttobeitragseinnahme an, wie viel von den Beiträgen nach Abzug der Aufwendungen für Schaden- und Betriebsaufwendungen übrig bleiben. Sie blieb im Geschäftsjahr nahezu unverändert bei 16,1 % (Vorjahr 16,2 %).

Eine andere wichtige Quelle des Überschusses ist das Kapitalanlageergebnis, das bei einer Nettoverzinsung von 3,9 % über der rechnungsmäßigen Verzinsung der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern in Höhe von maximal 3,5 % liegt.

Personal- und Sozialbericht

Personal SIGNAL IDUNA Gruppe

Zum 31. Dezember 2013 waren 8 855 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der SIGNAL IDUNA Gruppe beschäftigt, davon waren 463 Auszubildende. Hinzu kommen 3 971 selbstständige Außendienstpartnerinnen und -partner. Insgesamt sind 12 826 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. Außendienstpartnerinnen und -partner für die SIGNAL IDUNA Gruppe tätig (im Jahresdurchschnitt 12 897 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. Außendienstpartnerinnen und -partner).

Die SIGNAL IDUNA Gruppe legt großen Wert auf Kundenzufriedenheit und Service. Beide Aspekte werden vor allem durch gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleistet. Neben dem festen Beschäftigungsverhältnis bietet die SIGNAL IDUNA Gruppe ihren Angestellten vor allem hohe Sozialleistungen und sichere Arbeitsplätze. Gesundheitsmanagement wird in der SIGNAL IDUNA Gruppe nicht nur den Kunden angeboten – auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Möglichkeit, z. B. über Seminare und Gesundheitstage, hiervon Gebrauch zu machen. Die Veranstaltungsreihe „Gesund Führen – gesundes Führen“ soll Führungskräfte zu einem adäquaten Umgang mit psychischen Belastungen am Arbeitsplatz sensibilisieren. Kostenlose Gripeschutzimpfungen gehören ebenfalls zum betrieblichen Gesundheitsmanagement.

Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bietet die SIGNAL IDUNA Gruppe ein flexibles Arbeitszeitmodell sowie die Möglichkeit zu einem außerbetrieblichen Arbeitsplatz.

Für die erfolgreiche Bewältigung der vielfältigen Arbeiten im Jahre 2013 danken wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie unseren Außendienstpartnerinnen und Außendienstpartnern.

Kundenzufriedenheit

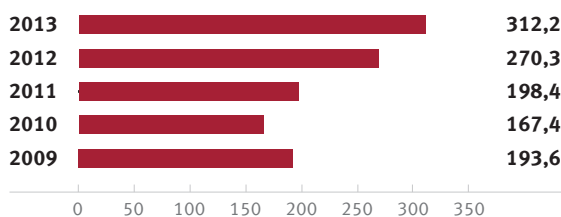
Die hohe Kundenzufriedenheit wird regelmäßig in unternehmenseigenen und unabhängigen Befragungen festgestellt. So werden zum Beispiel aus dem Kundendienst und dem Service Center regelmäßig Kunden anlassbezogen angerufen und zu ihrer Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der Betreuung befragt. Unsere Kunden waren über alle Punkte (Freundlichkeit, Engagement, Kompetenz, Verständlichkeit und Einfühlungsvermögen) zu 91 % „vollkommen“ oder „sehr zufrieden“. Dies zeigt, dass wir als Serviceversicherer wahrgenommen werden.

Gewinnverwendung

Aus dem Bruttoüberschuss wurden der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung 100,2 Mio. EUR (Vorjahr: 117,2 Mio. EUR) zugeführt. Insgesamt gaben wir 94,2 % (Vorjahr: 95,6 %) des erwirtschafteten Überschusses an unsere Versicherten weiter. In der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung standen am Ende des Jahres 282,4 Mio. EUR (Vorjahr: 238,8 Mio. EUR) zur Verfügung, die wir für künftige Beitragsentlastungen und Barausschüttungen einsetzen können.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

2009 – 2013 in Mio. EUR



Der nach Zuführung zur Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung verbliebene Jahresüberschuss in Höhe von 6,8 Mio. EUR (Vorjahr: 6,5 Mio. EUR), wurde in voller Höhe den Gewinnrücklagen zugeführt. Die Eigenkapitalquote – bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge – erhöhte sich von 27,5 % auf 28,8 %. Diese Eigenkapitalquote ist nach wie vor eine der höchsten Quoten am Markt; unsere Ausstattung mit Eigenmitteln wurde von der Rating-Agentur ASSEKURATA wiederum als exzellent beurteilt.

Zusammengefasst stellt sich die Überschussverwendung wie folgt dar:

	2013 Mio. EUR	2012 Mio. EUR
Der rechnungsmäßige Überschuss (= Jahresüberschuss + Zuführung zur Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung + Verwendung gemäß § 12a VAG + Zuführung zur Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für die Pflegepflichtversicherung) beträgt:	117,9	146,7
Verwendung gemäß § 12a Abs. 2 VAG		
– Deckungsrückstellung	8,5	17,4
Verwendung gemäß § 12a Abs. 3 VAG		
– erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	2,4	5,7
Zuweisung erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung Pflegepflicht	0,0	– 0,1
Bruttoüberschuss	107,0	123,7
Zuweisung erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	100,2	117,2
Zuweisung gemäß § 37 VAG und § 15 (4) der Satzung		
– Verlustrücklage	0,0	6,5
– Gewinnrücklagen	6,8	0,0

Die Überschussverwendungsquote beträgt 94,2 % (Vorjahr: 95,6 %).

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Angesichts der derzeitigen schwierigen Rahmenbedingungen, insbesondere durch die Diskussion über die Einführung einer Bürgerversicherung vor der Bundestagswahl, stellt sich die wirtschaftliche Lage des DR Kranken insgesamt als erfreulich dar. Das Neugeschäft entwickelte sich entsprechend dem Branchentrend negativ. Die Beitragseinnahmen sind aufgrund der Einführung des Notlagentarifs geringfügig gesunken. Die Nettoverzinsung aus Kapitalanlagen erreichte in 2013 erfreuliche 3,9 % (Vorjahr: 4,4 %). Der Jahresüberschuss des DR Kranken betrug im Geschäftsjahr 6,8 Mio. EUR (Vorjahr: 6,5 Mio. EUR), der zur Stärkung des Eigenkapitals den Gewinnrücklagen zugeführt wurde.

Verbundene Unternehmen gem. § 271 Abs. 2 HGB

Der Deutscher Ring Krankenversicherungsverein a. G. ist mit folgenden Unternehmen verbunden:

ALVECON GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main
 ALVECON Verwaltungsgesellschaft mbH,
 Frankfurt am Main
 Balance Vermittlungs- und Beteiligungs-AG, Hamburg
 MedX Gesellschaft für medizinische Expertise mbH,
 Hamburg

Nachtragsbericht

Über weitere Ereignisse von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, ist nichts zu berichten.

Risiko- und Chancenbericht

Nach § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB sind wir verpflichtet, über Risiken der zukünftigen Entwicklung zu berichten. Aufgrund § 34 VAG sind die Bestimmungen des § 91 Abs. 2 AktG auch auf Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit anzuwenden. Die nach § 91 Abs. 2 AktG

sowie darüber hinaus die nach § 64a VAG geforderten Maßnahmen zur Einrichtung eines Überwachungs- bzw. Risikomanagementsystems haben wir getroffen.

Wir verstehen Chancen und Risiken als positive bzw. negative Ergebnisausprägung von zukünftigen Ereignissen.

Als Risiko verstehen wir von Zielerwartungen abweichende mögliche oder bereits eingetretene Ereignisse bzw. Entwicklungen zum Nachteil der wirtschaftlichen Lage unseres Unternehmens. Dementsprechend sind Chancen sich auf die wirtschaftliche Lage positiv auswirkende Ereignisse bzw. Entwicklungen. Dies impliziert, dass die im Folgenden aufgezeigten Risiken nicht eintreten oder die gegenteilige Entwicklung einsetzt. Dies sind zum Beispiel eine positivere Veränderung der Kapitalmarktsituation als angenommen – insbesondere eine günstigere Entwicklung der Zinsen bzw. der Credit-Spreads – oder auch ein besserer als kalkulierter Verlauf bei den Leistungsausgaben.

Wesentliche Elemente unseres Risikomanagementsystems

Wesentliche Elemente unseres Risikomanagementsystems sind die Risikoidentifikation, die Risikoanalyse und -bewertung, die Risikosteuerung und -überwachung sowie die Risikoberichterstattung.

Innerhalb des Risikomanagements kommen auch unsere Planungs- und Überwachungssysteme zum Einsatz, die es uns ermöglichen, Ziel-/Ist-Abweichungen zu verfolgen.

Unsere Überwachungssysteme werden jährlich überarbeitet, um die Funktionsfähigkeit sicherzustellen. Darüber hinaus werden, sofern erforderlich, unterjährige Anpassungen des Überwachungssystems durchgeführt.

Die Risikosteuerung liegt in der Verantwortung der Fachbereiche. Die von der Risikosteuerung unabhän-

gige Risikokontrolle wird durch die Risikokontrollfunktion durchgeführt. Bei der Risikokontrollfunktion liegt damit die Verantwortung für

- die Koordination der Abläufe im Risikomanagement,
- die Vorgabe einer Systematik zur Identifikation, Bewertung, Dokumentation und Berichterstattung von Risiken,
- die Durchführung der Identifikation und Bewertung von Risiken auf aggregierter Ebene,
- die Beurteilung geplanter Strategien, neuer Produkte und des bestehenden Produktportfolios unter Risikogesichtspunkten,
- das Vorschlagen und Überwachen von Limiten und die Überwachung von Maßnahmen zur Risikosteuerung sowie das Auslösen von Ad-Hoc-Prozessen und
- die Risikoberichterstattung an den Gesamtvorstand inklusive der Validierung der Risikoeinschätzungen.

Die Risikokontrollfunktion gliedert sich in eine fachlich verantwortliche zentrale Einheit – den Bereich „Zentrales Risikomanagement“ – und in eine dezentrale Einheit je Vorstandsressort. Bei der zentralen Risikokontrollfunktion liegt die Verantwortung insbesondere für die abschließende Sicherstellung der Unabhängigkeit der Risikokontrollfunktion von der Risikosteuerung sowie die übergreifende Koordination des Risikokontrollprozesses i. S. der MaRisk (VA). Zu diesem Zweck ist die zentrale Risikokontrollfunktion einem Ressort zugeordnet, in welchem keine Risikopositionen aufgebaut werden.

Zur Risikoidentifikation führen wir quartalsweise Risikoinventuren durch.

Die Risikobewertung erfolgt anhand der Eintrittswahrscheinlichkeit und der maximal zu erwartenden Schadenhöhe. Dabei sind bereits getroffene Maßnahmen zu berücksichtigen (Nettobewertung).

Die Risikoüberwachung erfolgt anhand eines Risikotragfähigkeitskonzeptes und eines differenzierten Kennzahlensystems, das wir kontinuierlich weiterentwickeln.

Über die als wesentlich erkannten Risiken erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung an den Gesamtvorstand.

Für die Versicherungsunternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe sind neben den allgemeinen Geschäftsrisiken insbesondere versicherungstechnische Risiken, Marktrisiken, Kreditrisiken, operationale Risiken darunter auch Rechts- und Liquiditätsrisiken von Belang.

Die Weiterentwicklung des Risikomanagements vor dem Hintergrund des EU-weiten Solvency II-Prozesses erfolgt in einem unternehmensweiten Projekt. Dieses ist zuständig für die Umsetzung bzw. aktive Begleitung des gesamten Solvency II-Prozesses. Zur Vorbereitung auf Solvency II haben wir an allen quantitativen Auswirkungsstudien teilgenommen, zuletzt an der QIS6-Studie.

In 2013 wurden die Aktivitäten zur Umsetzung der Governance-Anforderungen fortgesetzt. Insbesondere wurde das aus dem Risikotragfähigkeitskonzept abgeleitete Limitsystem planmäßig weiterentwickelt. Darüber hinaus haben wir einen Prozess zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) implementiert, den wir auch in 2014 noch weiter entwickeln werden.

Versicherungstechnische Risiken

Der Markt der Gesundheitswirtschaft ist erheblich durch die politischen Entscheidungen und Gesetze beeinflusst, die sich auf die versicherungstechnischen Risiken der privaten Krankenversicherung auswirken.

Daher nimmt im Risikomanagementsystem unseres Unternehmens das Management der versicherungstechnischen Risiken eine herausgehobene Stellung ein.

Eine besondere Herausforderung für Neugeschäft und Bestandsentwicklung stellen derzeit die staatlich geförderte ergänzende Pflegeversicherung, die Beschränkung der Abschlussprovisionen, die Ausweitung

der Stornohaftungszeit in der substitutiven Krankenversicherung, die Umstellung auf den Notlagentarif, die zukünftigen Auswirkungen der Mitgabe der Alterungsrückstellung für das Neugeschäft seit 2009 und die Auswirkungen der Unisex-Beiträge dar. In den neugeschäftsrelevanten Altersbereichen sind die Beiträge bei den Männern höher geworden, sodass die preisliche Attraktivität einer privaten Krankenversicherung hier deutlich gelitten hat, ohne dass ein vollständiger Ausgleich durch das Neugeschäft bei Frauen möglich ist.

Die zur Berechnung der Beiträge und Rückstellungen verwendeten Rechnungsgrundlagen werden laufend überprüft. Durch vorsichtige Kalkulation und eine kundenorientierte Überschussverwendungspolitik wird sichergestellt, dass die Beiträge für unsere Versicherten auch im Alter bezahlbar bleiben. Mit restriktiven Annahmerichtlinien und aktuariellen Analysen reduzieren wir die versicherungstechnischen Risiken. Dazu zählen neben umfangreichen Bestands- und Leistungsauswertungen auch die vorausschauende Beurteilung und Steuerung von Leistungsausgaben, zum Beispiel im Bereich der Krankentagegeldversicherung oder bei psychischen Erkrankungen. Spitzenrisiken begegnen wir mit geeigneten Rückversicherungsverträgen.

Zu den krankenversicherungsspezifischen versicherungstechnischen Risiken zählen das Leistungsrisiko, das biometrische Risiko, das Storno-, das Rechnungszins- und das Kostenrisiko.

Das Leistungsrisiko besteht in einer möglichen Abweichung des tatsächlichen Aufwands für Versicherungsleistungen von den kalkulierten Werten. Der tatsächliche Aufwand hängt von der künftigen Entwicklung der Krankheitskosten und der Inanspruchnahme der Versicherungsleistungen ab. Auch die Bestandszusammensetzung als Folge der Umsetzung des Unisex-Urteils des Europäischen Gerichtshofes, wonach das Geschlecht für neue Verträge nicht mehr als Kalkulationsgrundlage verwendet werden darf, kann einen großen Einfluss haben. Durch die tatsächlich vorhandenen

Risikounterschiede zwischen den Geschlechtern ist die Zusammensetzung des künftigen Unisex-Bestandes kalkulatorisch zu berücksichtigen.

Eine dauerhafte Abweichung der tatsächlichen Versicherungsleistungen von den kalkulierten Werten führt zu einer vom Verantwortlichen Aktuar und dem unabhängigen Treuhänder überwachten Beitragsanpassung, so dass das Leistungsrisiko für das Unternehmen eingeschränkt ist. Für die Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung der Bestände ist es jedoch wichtig, Anzahl und Höhe von Beitragsanpassungen zu begrenzen. Um Beitragsstabilität zu erreichen, wenden wir restriktive Annahmerichtlinien an, steuern tarifbezogen die Leistungsausgaben und sind im Gesundheitsmanagement aktiv.

Neben den im Abschnitt zum Leistungsrisiko bereits erwähnten Risiken beschreibt das biometrische Risiko im Fall der Krankenversicherung im Wesentlichen das Sterblichkeitsrisiko. Als Sterblichkeitsrisiko wird die Abweichung der tatsächlichen Sterblichkeit von den kalkulierten Annahmen bezeichnet. Die Verwendung aktueller Sterbetafeln, die mit ausreichenden Sicherheiten versehen sind, verringert dieses Risiko.

Das Stornorisiko bezeichnet das Risiko einer möglichen Abweichung des tatsächlichen Stornoverhaltens von den in der Kalkulation verwendeten Annahmen. Die Stornotafeln werden regelmäßig überwacht, die enthaltenen Sicherheiten kontrolliert und auf ihre Angemessenheit überprüft. Aktualisierungen sind im Rahmen von Beitragsanpassungen möglich. Auch der Tatsache, dass sich das Stornoverhalten durch verschiedene gesetzliche Vorgaben geändert hat, wird dadurch Rechnung getragen. Das aus der Mitgabe des Übertragungswertes darüber hinaus entstehende Risiko wird durch die regelmäßige Überprüfung der zugrunde gelegten und mit ausreichenden Sicherheiten versehenen Annahmen minimiert.

Der Rechnungszins ist eine Rechnungsgrundlage, die für die Kalkulation der Beiträge und der Alterungsrückstellung verwendet wird. Wegen der Langfristigkeit der

Verpflichtungen ist die Berücksichtigung eines entsprechenden Zinssatzes notwendig. Gemäß Kalkulationsverordnung darf er 3,5 % nicht übersteigen. Der verwendete Rechnungszins muss nachhaltig erwirtschaftet werden können, andernfalls ist eine Anpassung dieser Rechnungsgrundlage mit der Folge veränderter Bestandsbeiträge notwendig. Dem Rechnungszinsrisiko wird regelmäßig mit einer entsprechenden Kapitalanlageplanung und der Überprüfung des Rechnungszinses auf Basis des Verfahrens zur Bemessung des „Aktuariellen Unternehmenszinses“ begegnet. Darüber hinaus werden im Rahmen des Asset-Liability-Managements die zukünftigen Zahlungsströme aus Beiträgen, Kapitalanlagen und Verpflichtungen sorgfältig aufeinander abgestimmt.

Das Kostenrisiko ergibt sich aus möglichen Veränderungen der tatsächlich bei Abschluss, Verwaltung und Schadenregulierung von Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen anfallenden Kosten von den kalkulierten Werten. Dem Risiko wird durch Kostendisziplin und ausreichende Kostenzuschläge im Rahmen der Tarifikalkulation begegnet.

Durch das Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung wurde ein sogenannter Notlagentarif eingeführt. Dadurch haben sich sowohl die ausstehenden Forderungen als auch die Beiträge und Deckungsrückstellungen reduziert. Versicherungsnehmer, die zukünftig ihre Beiträge nicht bezahlen, werden nach Ablauf der gesetzlichen Mahnfrist in diesen Notlagentarif umgestellt. Dies wirkt sich negativ auf die Beitragseinnahmen aus. Das Forderungsausfallrisiko fällt niedriger aus als unter der bisherigen Regelung. Für die reduzierten Leistungen im Notlagentarif wird künftig ein risikogerechter Beitrag erhoben.

Marktrisiken

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte,

Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Es umfasst im Wesentlichen das Verlustrisiko aufgrund von nachteiligen Änderungen von Aktien- und Währungskursen, Zinsen und Credit-Spreads sowie von Zeitwerten bei Beteiligungen und Immobilien.

Für die Überwachung der Marktrisiken von Aktien und Rentenpapieren werden Sensitivitätsanalysen und Stresstests eingesetzt, welche die Wertveränderung unseres Portfolios in Abhängigkeit zu Marktschwankungen aufzeigen. Hierbei werden u. a. folgende Stressannahmen gesetzt:

- für unsere Aktienbestände Index-Schwankungen von +/- 10% bzw. +/- 20%

AKTIENKURSÄNDERUNG	MARKTWERTÄNDERUNG AKTIEN
Anstieg um 20 %	35,2 Mio. EUR
Anstieg um 10 %	17,6 Mio. EUR
Rückgang um 10 %	-17,6 Mio. EUR
Rückgang um 20 %	-35,2 Mio. EUR

Die Aktienquote nach Buchwerten beträgt zum 31. Dezember 2013 unter Berücksichtigung von Absicherungsgeschäften 5,4 %.

- für unsere Renteninhaberpapiere Veränderungen der Zinsstrukturkurve um +/- 100 Basispunkte bzw. +/- 200 Basispunkte

ZINSÄNDERUNG	MARKTWERTÄNDERUNG RENTENINHABERPAPIERE
+ 200 Basispunkte	-275,0 Mio. EUR
+ 100 Basispunkte	-137,5 Mio. EUR
- 100 Basispunkte	137,5 Mio. EUR
- 200 Basispunkte	275,0 Mio. EUR

Immobilienrisiken werden über Anlegerausschüsse und -richtlinien sowie die laufende Überwachung der Objekte durch das Portfolio- und Risikomanagement und deren Bewertung durch neutrale Gutachter kontrolliert.

Die Immobilienquote nach Buchwerten beträgt zum 31. Dezember 2013 5,1 %.

Ein weiterer Bestandteil des Marktrisikos ist das Spreadrisiko. Das Spreadrisiko bezeichnet das Risiko von Verlusten bei Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten durch Veränderungen der Credit-Spreads über der risikofreien Zinskurve. Im Rahmen des Spreadrisikos werden die Auswirkungen der Spreadänderungen auf den Marktwert von Kapitalanlagen analysiert. Die Veränderung der Credit-Spreads resultiert insbesondere aus Bonitätsänderungen der Schuldner sowie aus der Veränderung von Marktbedingungen (z. B. verfügbare Liquidität oder Risikoeinschätzung der Marktteilnehmer, die die Handelbarkeit der Kapitalanlage beeinflussen).

Das Spreadrisiko wird im Rahmen der regelmäßigen Bewertung der Zinsträger beobachtet und bewertet.

Kreditrisiken

Kreditrisiken betreffen Verluste oder nachteilige Veränderungen der Finanzlage, die sich aus Fluktuationen bei der Bonität von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderen Schuldnern ergeben, gegenüber denen die Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen Forderungen haben.

Das Ausfallrisiko als Bestandteil des Kreditrisikos bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unerwarteten Ausfällen von Schuldnern oder Rückversicherungspartnern.

Die Steuerung des Kreditrisikos erfolgt auf der Basis des implementierten Kreditprozesses. Im Rahmen dieses Prozesses erfolgt eine regelmäßige Überwachung der Kreditengagements. Das Emittentenuniversum basiert auf einem internen Scoring-Prozess und definierten Limiten je Emittent. Neue Kreditsegmente durchlaufen einen standardisierten Prüfungsprozess.

Die Anlage erfolgt unter Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen zur Mischung und Streuung.

Darüber hinaus bestehen für den Einsatz von speziellen Finanzinstrumenten wie beispielsweise Kreditderivate oder strukturierte Produkte innerbetriebliche Richtlinien.

Den Schwerpunkt der Neuanlage im Direktbestand bildeten ausgewählte Staatsanleihen. Daneben wurden weiterhin Anlagen bei Kreditinstituten guter Bonität erworben. Ergänzend erfolgte in beiden Segmenten die Anlage selektiv in Form von strukturierten Finanzprodukten.

Im Direktbestand befinden sich in geringem Umfang Kreditderivate in Form von Asset Backed Securities und Credit Linked Notes.

Die im Folgenden genannten Quoten wurden auf Buchwertbasis ermittelt.

Das Bankenexposure bildet mit 61,7 % der Kapitalanlagen weiterhin den Schwerpunkt im Portfolio, wobei hiervon 25,9 % Pfandbriefe sind. Daneben bestehen 56,8 % des Exposures aus erstrangigen Anlagen bei Banken, die den entsprechenden Sicherungseinrichtungen angehören und 8,6 % aus Nachrangtiteln. Die übrigen 8,7 % sind Aktien, Beteiligungen, Festgelder und andere Anlagen.

Der Anteil der Anlagen bei Unternehmen außerhalb des Bankensektors beträgt 12,8 %, davon sind 18,8 % Zinsträger und 81,2 % Aktien bzw. Beteiligungen.

Der Bestand an Hypotheken beträgt 0,2 %. Es handelt sich hierbei fast ausschließlich um erstrangige deutsche Hypotheken.

Die Gesellschaft ist mit 14,3 % in Staatsanleihen exklusive Bund und Länder investiert. Zu den Top-Emitenten gehören Frankreich mit 4,0 %, Italien mit 3,5 % und Belgien mit 2,0 %.

Das Exposure bei den PIIGS-Staaten beträgt 5,4 %, davon 3,5 % Italien, 1,0 %, Spanien, 0,5 % Irland und 0,4 % Portugal. Griechische Staatsanleihen befinden sich nicht im Bestand.

Die zehn größten Emittenten (Emittenten aus demselben Konzern zusammengefasst) im Bestand machen rd. 36,4 % des gesamten Kapitalanlagenbestandes der Gesellschaft aus.

Wie die gesamte Branche ist auch der DR Kranken von den massiven Ratingverschlechterungen am Kapitalmarkt der letzten Jahre betroffen.

Dennoch beträgt das Durchschnittsrating im Bestand der Zinsträger zum 31. Dezember 2013 weiterhin noch A+ und hat sich damit im Jahresverlauf nur geringfügig verschlechtert. Der Bestand weist folgende Ratingstruktur auf:

	RATINGKLASSE	ANTEIL
Investment Grade	AAA	25,5 %
	AA	13,5 %
	A	33,8 %
	BBB	21,3 %
Non Investment Grade	BB–B	1,6 %
	CCC–D	0,0 %
ohne Rating		4,3 %

Es bestehen Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern, Versicherungsvermittlern und Rückversicherern.

Gegenüber Versicherungsnehmern belaufen sich die Beitragsforderungen insgesamt zum 31. Dezember 2013 auf 10,9 Mio. EUR. Der Anteil der ausstehenden Forderungen, deren Fälligkeitszeitpunkt am Bilanzstichtag mehr als 90 Tage zurückliegt, beläuft sich auf 9,3 Mio. EUR. Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Geschäftsjahre beträgt (bezogen auf die gebuchten Brutto-Beiträge) 0,19 %.

Für die Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern bilden wir Wert-

berichtigungen in angemessener Höhe auf Basis der Erfahrungswerte aus den Vorjahren und schreiben uneinbringliche Forderungen ab.

Bei der Auswahl unserer Rückversicherer orientieren wir uns an Qualitätskriterien hinsichtlich der Finanzstärke (z. B. Eigenmittelausstattung), der fachlichen Qualität, den Möglichkeiten der Zusammenarbeit sowie der geschäftlichen Ausrichtung der Gesellschaften. Die Ratingeinstufungen der Rückversicherer sind ein wichtiges Indiz für deren Solidität.

Abrechnungsforderungen gegenüber Rückversicherern zum 31. Dezember 2013 bestanden nicht.

Operationale Risiken

Operationale Risiken beschreiben das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt. Sie betreffen die Qualität und Effizienz der Organisation, der funktionalen Abläufe, des Personals, der Technik und der Kontrolle. Außerdem ist das Rechtsrisiko ein Bestandteil unseres operationalen Risikos

Da in der SIGNAL IDUNA Gruppe alle wesentlichen Geschäftsprozesse und Aufgaben durch Informationstechnik (IT) unterstützt werden, liegt hier ein besonderer Schwerpunkt in der Betrachtung der operationalen Risiken.

Im Bereich der IT liegen die bedeutsamsten Risiken in einem teilweisen oder vollständigen Ausfall der IT-Systeme und in einem Verlust oder einer Manipulation der Datenbasis.

Einem möglichen Ausfall der IT-Systeme wird mit geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen entgegengewirkt. Zentrale Elemente sind beispielhaft der Betrieb eines Sekundär-Rechenzentrums, die Durchführung umfangreicher Datensicherungen und -spiegelungen, maschinelle Überwachung der

Systeme auf allen Ebenen, Bereitschaftsregelungen sowie Wartungsverträge mit den verschiedenen Anbietern von Hard- und Software.

Zum Schutz der Daten vor unberechtigtem Zugriff und Manipulation sind angemessene technische und organisatorische Vorkehrungen getroffen worden – z. B. durch die Installation von Firewall-Systemen (Trennung vom öffentlichen Netz), Virenschnellern, Verschlüsselungen, abgesicherten Verbindungen (z. B. zu den Landes- oder Filialdirektionen und den außerbetrieblichen Arbeitsplätzen) und die Nutzung von Authentifizierungssystemen.

Die Eignung der beschriebenen Vorkehrungen wird regelmäßig, z. B. im Rahmen von Notfallübungen oder Penetrationstests, überprüft und bewertet.

Für die Zukunft erwarten wir weitere Effizienzsteigerungen und eine noch stärkere Unterstützung der Anwender durch die Etablierung technisch optimaler und verfügbarer IT-Systeme.

Das Compliancerisiko ist definiert als Auswirkungen aus dem Verstoß gegen gesetzliche, regulatorische oder interne Normen. Diese Auswirkungen umfassen finanzielle Schäden, Strafen oder Bußgelder, Sanktionen der Aufsichtsbehörden, Reputationsschäden und individuelle Risiken der Organmitglieder.

Zur Einhaltung der gesetzlichen, regulatorischen oder internen Normen wurde ein Verhaltenscodex als Compliance-Leitlinie erstellt und zur Steuerung der Aktivitäten im Bereich Compliance das Compliance-Komitee gegründet. Dieses unterstützt Mitarbeiter, Führungskräfte und Vorstand bei der Umsetzung der in der Compliance-Leitlinie festgelegten Unternehmensgrundsätzen.

Das Prozessrisiko bezeichnet Risiken, die aufgrund fehlgeschlagener Prozesse direkt oder indirekt zu Verlusten führen, vor allem im Falle von Prozessen mit Kontakt zu Kunden oder Geschäftspartnern.

Prozessrisiken wird im Rahmen des Internen Kontrollsystems begegnet. Auf Basis der strukturierten Prozessdokumentation werden die Prozessrisiken identifiziert und Maßnahmen zur Risikominderung eingeleitet. Rechtsrisiken bezeichnen Risiken von Verlusten aufgrund von Änderungen des durch die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens sowie durch Änderungen in der Gesetzgebung.

Von Verbraucherschutzorganisationen werden zunehmend Rechtsstreitigkeiten betrieben, die zu erhöhten Aufwendungen führen können. Diese Entwicklungen werden beobachtet, juristisch analysiert und geschäftspolitisch bewertet.

Chancen und Risiken aus Entwicklungen der Gesundheitspolitik / dem gesundheitswirtschaftlichen Umfeld

Mit ihrem Koalitionsvertrag haben sich die Spitzen von Union und SPD unter anderem auf die künftige Gesundheitsversorgung der Bevölkerung verständigt. Veränderungen an der Dualität von gesetzlicher und privater Krankenversicherung sieht der Koalitionsvertrag nicht vor. Die Abschaffung der Dualität hätte unserer Meinung nach große Nachteile für die Akteure im Gesundheitswesen und für alle Versicherten mit sich gebracht. Die Entscheidung, das duale Krankenversicherungssystem unangetastet zu lassen, belegt auch das Vertrauen in die Stärken der privaten Krankenversicherung.

Obwohl der Fortbestand der PKV für die nächsten Jahre gesichert ist, stehen wir vor großen Herausforderungen:

- Der Koalitionsvertrag sieht eine Reihe von Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung und der Qualität der erbrachten Leistungen vor. Hiervon werden auch die privat Versicherten profitieren. Diese Veränderungen wird es aber nicht zum Nulltarif geben. Die medizinische Inflation, die ohnehin über der allgemeinen Inflation liegt, wird dadurch noch verstärkt.

- Durch die Novelle der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) werden ggf. weitere Kostensteigerungen auf die PKV zukommen.
- Um unseren Kunden auf Dauer einen guten und bezahlbaren Versicherungsschutz bieten zu können, werden wir neue Wege im Gesundheitsmanagement sowie der Patienten- und Leistungssteuerung beschreiten.
- Die anhaltende Niedrigzinsphase senkt zunehmend die Zinsmargen, aus denen u. a. die Rückstellung für Beitragsrückerstattung und die Direktgutschrift zur Deckungsrückstellung dotiert wird. Damit stehen weniger Mittel für die Milderung von Beitragsanpassungen zur Verfügung. Die Kapitalanlage- und Rechnungszinspolitik steht hier vor großen Aufgaben.
- Das Tarifwechselrecht soll gestärkt und kundenfreundlicher ausgestaltet werden. Der Beratungsaufwand für unsere Kunden wird dadurch erheblich steigen.
- Mit der geplanten Pflegereform sind in der ersten Stufe Leistungsausweitungen vorgesehen. In der zweiten Stufe wird ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff zu veränderten „Pflegegraden“ führen, die eine grundlegende Neustrukturierung von Pflegetarifen, Begutachtungen und des Leistungsgeschehens erforderlich machen. Hiervon ist nicht nur die Pflegepflichtversicherung betroffen, sondern auch die Pflegezusatzversicherungen einschl. der geförderten ergänzenden Pflegeversicherung.

Für die Umsetzung der geplanten Verbesserungen in der Pflegeversicherung sind einerseits erhebliche Anstrengungen erforderlich, andererseits werden sich als Folge entsprechende Geschäftssteigerungen ergeben.

Für die private Krankenversicherung eröffnen sich weiterhin gute Marktchancen durch den Vertrieb der ergänzenden kapitalgedeckten Pflegeversicherung („PflegeBAHR“), welche seit Anfang 2013 staatlich gefördert wird.

Liquiditätsrisiken

Unter Liquiditätsrisiken verstehen wir die Gefahr, unseren Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können. Diese Gefahr wird durch den Einsatz von Finanzplanungsinstrumenten begrenzt, welche zur Abstimmung des Kapitalanlagebestandes, der laufenden Zahlungsströme und der versicherungstechnischen Verpflichtungen eingesetzt werden. Es stehen zu jedem Zeitpunkt ausreichend Kapitalanlagen zur Verfügung, die kurzfristig liquidierbar sind. Aktuell sehen wir kein wesentliches Liquiditätsrisiko für die Gesellschaft.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko, das sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z. B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Eigentümern / Aktionären, Behörden) ergibt. Das Reputationsrisiko ist in der Regel ein Risiko, das im Zusammenhang mit anderen Risiken auftritt. Ein Reputationsschaden wirkt sich unter anderem auf das Neugeschäft und die Stornoquoten und damit die Bestandsentwicklung aus.

Zusammenfassende Darstellung

Der geforderten Solvabilitätsspanne von 39,2 Mio. EUR stehen Eigenmittel von 193,7 Mio. EUR gegenüber. Bewertungsreserven werden bei der Ermittlung der vorhandenen Eigenmittel nicht berücksichtigt.

Die Solvabilitätsbedeckung beträgt 494,7 %. Damit zeichnet sich die Gesellschaft durch eine außerordentlich solide und im Vergleich zu den Wettbewerbern überdurchschnittliche Kapitalausstattung aus. Dadurch sind wir für unsere Kunden auch langfristig ein stabiler Partner.

Zusammenfassend ist für unser Unternehmen festzustellen, dass derzeit den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken nicht erkennbar sind.

Prognosebericht

Auf die Versicherungsnachfrage gehen vom gesamtwirtschaftlichen Umfeld unterschiedliche Impulse aus:

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in 2013 moderat um 0,4 % gewachsen. Die Wachstumsprognosen für 2014 liegen aktuell bei etwa 1,7 %.

Die Konjunktorentwicklung soll demnach zunächst weiterhin durch die starke Binnenwirtschaft (insbesondere Wohnungsbau und Konsum) getragen werden. Angesichts der verbesserten globalen Konjunkturaussichten wird aber auch erwartet, dass zunehmend Impulse aus der Außenwirtschaft kommen. Auch die Investitionstätigkeit soll den Prognosen zufolge im Zuge dieser Entwicklung wieder etwas anziehen. Unterstellt ist dabei auch eine weitere Überwindung der Krise im Euroraum. Noch nicht berücksichtigt sind in den Konjunkturprognosen die Koalitionsvereinbarungen, die eine Reihe von Maßnahmen, z. B. Pflege- und Rentenreform sowie die Einführung von Mindestlöhnen enthalten, die sich potentiell belastend auf den Konjunkturverlauf auswirken könnten. Aber auch sonst bestehen für 2014 noch erhebliche Prognoserisiken, vor allem hinsichtlich der Zinsentwicklung und möglicher inflatorischer bzw. auch deflatorischer Tendenzen im Euroraum. Politische Krisen in der europäischen Peripherie, wie zum Beispiel in der Ukraine oder den Mittelmeer-Anrainerstaaten Libanon, Syrien und Ägypten, können die Prognosewerte ebenfalls noch beeinflussen.

Wenngleich die Notenbanken auch 2014 an ihrer insgesamt expansiven Geldpolitik festhalten dürften, zeichnet sich doch eine Trendwende ab. Die angekündigte Reduzierung der Anleihekäufe durch die US-Notenbank (FED) spricht 2014 für tendenziell steigende Renditen und im Vergleich zu 2013 geringere Kurszuwächse an den Aktienmärkten.

Die deutschen Versicherer stehen derzeit vor großen Herausforderungen. Diese reichen vom Niedrigzins-

umfeld bis zu einer veränderten Risikolandschaft. Vor allem die zunehmenden Aufgaben im Rahmen des gesellschaftlichen Risikomanagements – von den demographischen Veränderungen bis zum Klimawandel – bieten der Branche aber weiterhin gute Zukunftschancen als wichtigem Partner für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Diskussion über die Bürgerversicherung vor der Bundestagswahl und die Ungewissheit über die Zukunft der privaten Krankenversicherung nach der Bundestagswahl wirkte sich im Jahresverlauf 2013 hemmend auf das Neugeschäft in der privaten Krankheitskostenvollversicherung aus. Dies wurde verstärkt durch die höheren Unisex-Neugeschäftsbeiträge und die im Jahre 2012 eingeführte Deckelung der Abschlussprovisionen. Nachdem jetzt Klarheit über den Fortbestand der PKV besteht, gehen wir von einem verbesserten Marktumfeld für die nähere Zukunft aus.

Für 2014 ergibt sich aus den Verbandsprognosen, dass die Beitragseinnahmen in der Versicherungswirtschaft insgesamt um etwa 1,5 % und in der privaten Krankenversicherung um etwa 2,0 % steigen könnten.

• Veränderungen in der Pflegeversicherung

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD nimmt die Situation pflegebedürftiger Menschen einen großen Raum ein. Die Leistungen in der Pflegeversicherung sollen ausgeweitet werden, damit sie „den Bedürfnissen pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen besser entsprechen“. Im Mittelpunkt steht dabei die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, der für Menschen mit Demenzerkrankungen bessere Leistungen bringen wird. Daneben sollen die ambulanten und stationären Leistungen angeglichen werden, um die ambulante Pflege zu stärken. Dazu kommen weitere Maßnahmen, die die Attraktivität der Pflegeberufe steigern und die Vereinbarkeit von Beruf und familiärer Pflege verbessern sollen. Die Umsetzung der Pflegereform soll in zwei Stufen erfolgen. In der ersten Stufe soll der Ausbau der schon bestehenden Betreuungsleistungen einschließlich deren Aus-

dehnung auf alle Pflegebedürftigen sowie eine Dynamisierung der Leistungen erfolgen. Mit dem Aufbau eines Pflegevorsorgefonds wird der demographischen Entwicklung begegnet und zukünftige Generationen entlastet. Die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs sowie weiterer Neuregelungen im Leistungsrecht werden in der zweiten Stufe umgesetzt. Zur Finanzierung der Reformen in der sozialen Pflegeversicherung soll der Beitragssatz insgesamt um 0,5 %-Punkte in zwei Stufen erhöht werden. Die 1. Stufe umfasst ab 2015 eine Anhebung um insgesamt 0,3 %-Punkte, wovon 0,2 %-Punkte zur Finanzierung kurzfristiger Leistungsverbesserungen dienen und 0,1 %-Punkte zum Aufbau eines Pflegevorsorgefonds bei der Bundesbank verwendet werden sollen. Damit wird der demographischen Entwicklung begegnet und zukünftige Generationen werden entlastet. Mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes sowie weiterer Leistungsverbesserungen soll der Beitragssatz um weitere 0,2 %-Punkte angehoben werden.

Die Änderungen in der sozialen Pflegeversicherung werden auch große Auswirkungen auf die private Pflegepflichtversicherung haben. Diese ist verpflichtet, ihren Versicherten gleichwertige Leistungen wie in der sozialen Pflegeversicherung zur Verfügung zu stellen und für die Feststellung der Pflegebedürftigkeit sowie für die Zuordnung zu einer Pflegestufe dieselben Maßstäbe und Grundsätze anzulegen. Damit werden im Leistungsrecht und bei der Begutachtung erhebliche Umstellungen erforderlich sein. Auch in der privaten Pflegepflichtversicherung können Beitragserhöhungen möglich werden.

• **Veränderungen in der Krankenversicherung**

Die Koalition aus CDU/CSU und SPD hat in ihrem Koalitionsvertrag zahlreiche Themen mit Auswirkungen auf die Gesundheitspolitik fixiert. Die geplanten Änderungen beziehen sich überwiegend auf die gesetzliche Krankenversicherung. Die private Krankenversicherung wird jedoch mittelbar – zum Beispiel durch Qualitätsverbesserungen und möglicher weiterer Kostensteigerungen – tangiert sein. So wurde u. a. vereinbart,

dass die Wartezeiten auf einen Arzttermin für gesetzlich Versicherte verkürzt werden sollten. Bekommen gesetzlich Versicherte künftig innerhalb von vier Wochen keinen Facharzttermin, sollen sie zur Behandlung ins Krankenhaus gehen können. Verantwortlich für die Terminvergabe innerhalb der Vierwochenfrist sollen die für die niedergelassenen Ärzte zuständigen Kassenärztlichen Vereinigungen sein. Geht der Patient ins Krankenhaus, soll dies aus dem Krankenkassen-Budget für die niedergelassenen Ärzte bezahlt werden. Die Bedeutung der Hausärzte soll weiter erhöht werden. Der Einsatz von qualifizierten nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen, die delegierte ärztliche Leistungen erbringen, soll flächendeckend ermöglicht und leistungsgerecht vergütet werden. Die Qualität der stationären Versorgung soll verbessert werden und wird als Kriterium für die Krankenhausplanung gesetzlich eingeführt. In der gesetzlichen Krankenversicherung wird der Zusatzbeitrag künftig wieder als prozentualer Beitrag vom beitragspflichtigen Einkommen erhoben. Der neue Bundesgesundheitsminister hat in den ersten Wochen seiner Tätigkeit angekündigt, die ländliche Versorgung mit Arztpraxen verbessern zu wollen. So sollen junge Leute, die sich verpflichten, nach ihrem Medizinstudium als Landärzte zu arbeiten, leichter einen Studienplatz erhalten.

• **Niedriges Zinsniveau**

Die Geschäftstätigkeit der privaten Krankenversicherer ist weiterhin von dem niedrigen Zinsumfeld betroffen. Für die neuen Unisex-Tarife haben die meisten Versicherer der Branche seit Anfang 2013 den Rechnungszins vorsorglich bereits auf 2,75 % gesenkt. Inzwischen hat die Europäische Zentralbank ihren Leitzins weiter auf 0,25 % gesenkt und eine baldige Erhöhung ausgeschlossen. Dies erschwert es den Unternehmen die kalkulierten Kapitalerträge dauerhaft zu erwirtschaften. In der privaten Krankenversicherung kann der Rechnungszins im Gegensatz zur Lebensversicherung unter bestimmten Voraussetzungen im Rahmen einer Beitragsanpassung auch für bestehende Verträge angepasst werden. Wir werden hier unserer besonderen Verantwortung nachkommen.

• **Kostenentwicklung im Gesundheitswesen**

Die medizinische Inflation wird weiterhin über der Entwicklung des Verbraucherpreisindex liegen und so zu deutlichen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen führen. Von dieser Entwicklung wird auch die PKV nicht verschont bleiben. Die Bedeutung von effizientem Gesundheits- und Leistungsmanagement wird damit ständig größer. Wir werden uns dieser Herausforderung stellen und unsere Aktivitäten deutlich weiter ausbauen.

Für die private Krankenversicherung rechnet der PKV-Verband für 2014 mit einem Anstieg der Beitragseinnahmen um 2,0 %. Für den Bestand in der Krankheitskostenvollversicherung werden keine wesentlichen Wachstumsimpulse erwartet. Das Zusatzversicherungsgeschäft sollte sich dagegen überdurchschnittlich dynamisch entwickeln. Die Entwicklung der Leistungsausgaben wird leicht höher als die Beitragssteigerung ausfallen.

Solvency II

In 2014 konnten mit der Verabschiedung der Omnibus II-Richtlinie sowie zur Frist bezüglich der nationalen Umsetzung und zum Anwendungsbeginn von Solvency II wichtige Einigungen erzielt werden. Zur nationalen Umsetzung einigten sich die Verhandlungsparteien auf eine Umsetzung bis 31. März 2015. Angewendet werden soll Solvency II ab 1. Januar 2016. Um dem ambitionierten Zeitplan gerecht zu werden, hat die Europäische Kommission mit der Erarbeitung der delegierten Rechtsakte zu Solvency II (früher Ebene 2) begonnen.

Auf europäischer Ebene wurde gleichzeitig seitens der Aufsichtsbehörden ein Konzept erarbeitet, wonach für die Übergangszeit bis zur Einführung von Solvency II vereinzelte Anforderungen, insbesondere zur Säule II (Risikomanagementprozess) und zur Säule III (Berichtswesen) vorzeitig in geltendes, nationales Recht umgewandelt werden. Zu der konkreten Ausgestaltung der sogenannten Vorbereitungsphase hat die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) am

27. September 2013 entsprechende Leitlinien veröffentlicht. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) empfiehlt allen Versicherungsunternehmen, sich frühzeitig mit den Inhalten der Leitlinien auseinander zu setzen. Zur Strukturierung der Vorbereitungsphase hat die BaFin die Leitlinien der vier Themenbereiche in 15 Themenblöcke gegliedert. Zu jedem Themenblock wird eine BaFin-Verlautbarung mit ergänzenden Erläuterungen und Hinweisen veröffentlicht. Die Veröffentlichung der Verlautbarungen soll in drei Wellen im ersten Halbjahr 2014, im zweiten Halbjahr 2014 und im ersten Halbjahr 2015 erfolgen.

Insgesamt wird die Eigenmittelausstattung und die Fähigkeit der Unternehmen, mit den sich neu ergebenden Pflichten und Herausforderungen im Rahmen der Vorbereitungsphase und von Solvency II selbst umzugehen, eine große Rolle spielen. Zur Vorbereitung auf Solvency II hat die SIGNAL IDUNA Gruppe bereits 2005 ein konzernweites Projekt aufgesetzt. Im Rahmen der Projektarbeiten wurden die Auswirkungen von Solvency II bereits frühzeitig analysiert und werden bereits heute bei wesentlichen strategischen Entscheidungen berücksichtigt.

Die SIGNAL IDUNA Gruppe unterstützt zudem den PKV und den GDV weiterhin bei der Positionierung der Kernanliegen, wonach noch Anpassungen notwendig sind, damit Solvency II umsetzbar, praktikabel und langfristig zielführend ist. Vor diesem Hintergrund schließt sich die SIGNAL IDUNA Gruppe der Forderung nach einer angemessenen Umsetzung von Solvency II in deutsches Recht an und beteiligt sich aktiv an Konsultationen auf nationaler und europäischer Ebene.

Gesamtaussage zur künftigen Entwicklung

Ausgehend von der Entwicklung unserer Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr erwarten wir für das laufende Geschäftsjahr 2014 für den DR Kranken etwa gleichbleibende gebuchte Beiträge. Die Beendigung der Diskussionen um die Bürgerversicherung durch die Bildung der Großen Koalition, unsere exzellente Beitragsstabilität und die ausgezeichneten Produkte

werden dazu beitragen. Die Zahlungen für Leistungsfälle werden sich in etwa branchenkonform entwickeln. Unser Versicherungsbestand wird sich, unterstützt durch eine weiter sinkende Stornoquote, kontinuierlich entwickeln. Hinsichtlich des Kapitalanlageergebnisses gehen wir von einer Netto-Rendite auf Vorjahresniveau aus. Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote wird erneut gemäß unserer Planung über 10 % betragen. Unsere Eigenkapitalquote wird weiterhin deutlich über dem Marktdurchschnitt liegen.

Schwerpunkte unserer operativen Geschäftstätigkeit in 2014 sind die Fortsetzung unserer Projekte zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung sowie Projekte zur weiteren Integration der DR Kranken in die SIGNAL IDUNA Gruppe und die Erstellung eines Data Warehouse.

Nachdem die gesamte Produktpalette zum Jahresbeginn 2013 auf Unisex umgestellt wurde, wird es in 2014 nur wenige neue ergänzende Produktbausteine in der Teilversicherung geben. Impulse für den Vertrieb erwarten wir aus der staatlich geförderten ergänzenden Pflegeversicherung (gePV) und der betrieblichen Krankenversicherung (bKV).

Jahresabschluss

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	2013 EUR	2012 TEUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
II. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			1 708 422,13		1 003
III. Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
IV. Geleistete Anzahlungen			0,00		0
				1 708 422,13	1 003
C. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			6 326 805,28		7 028
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		83 451 757,90			93 517
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		0,00			0
3. Beteiligungen		181 525 840,85			187 268
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,00			0
			264 977 598,75		280 785
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		1 103 981 667,46			1 111 753
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		827 134 667,65			667 685
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen		10 157 622,86			11 202
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	898 052 846,36				692 291
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1 101 594 124,80				1 242 616
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0,00				0
d) übrige Ausleihungen	49 565 584,39				45 588
		2 049 212 555,55			1 980 495
5. Einlagen bei Kreditinstituten		206 200 000,00			50 000
6. Andere Kapitalanlagen		16 118 414,45			10 881
			4 212 804 927,97		3 832 016
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			0,00		0
				4 484 109 332,00	4 119 829

Aktivseite

	EUR	EUR	2013 EUR	2012 TEUR
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			0,00	0
E. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	6 963 224,56			11 641
2. Versicherungsvermittler	1 145 035,59			8 588
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	0,00			0
		8 108 260,15		20 229
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft davon:		0,00		49
an verbundene Unternehmen: 0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)				
III. Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks		0,00		0
IV. Sonstige Forderungen		5 719 791,41		7 313
davon:			13 828 051,56	27 591
an verbundene Unternehmen: 370 272,34 EUR (Vorjahr: 336 TEUR)				
F. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		1 599 873,20		1 690
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		55 096 872,68		199 092
III. Andere Vermögensgegenstände		1,00		0
			56 696 746,88	200 782
G. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		69 752 230,92		68 819
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		448 913,47		941
			70 201 144,39	69 760
H. Aktive latente Steuern			0,00	0
I. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			2 895 563,97	2 314
K. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			0,00	0
Summe der Aktiva			4 629 439 260,93	4 421 279

Gemäß § 73 VAG bestätige ich, dass das eingestellte Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Hamburg, 7. März 2014

Gründel, Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Passivseite

	EUR	EUR	2013 EUR	2012 TEUR
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
Gründungsstock	0,00			0
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	0,00			0
II. Kapitalrücklage		0,00		0
III. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	131 500 000,00			131 500
2. Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00			0
3. Satzungsmäßige Rücklagen	0,00			0
4. andere Gewinnrücklagen	63 937 733,29			57 138
IV. Bilanzgewinn		195 437 733,29	195 437 733,29	188 638
		0,00		0
				188 638
B. Genussrechtskapital				
			0,00	0
C. Nachrangige Verbindlichkeiten				
			0,00	0
E. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	486 862,61			496
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		486 862,61		496
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	3 818 996 043,48			3 646 549
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		3 818 996 043,48		3 646 549
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	134 722 510,62			138 016
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		134 722 510,62		138 016
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. erfolgsabhängige				
a) Bruttobetrag	282 385 386,68			238 828
b) davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		282 385 386,68		238 828
2. erfolgsunabhängige				
a) Bruttobetrag	29 826 574,79			31 506
b) davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		29 826 574,79		31 506
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	362 000,00			1 390
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		362 000,00		1 390
			4 266 779 378,18	4 056 785

Passivseite

	EUR	EUR	2013 EUR	2012 TEUR
F. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	0,00			0
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		0,00		0
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	0,00			0
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0
		0,00		0
			0,00	0
G. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		109 312 066,00		95 820
II. Steuerrückstellungen		32 223 300,00		37 320
III. Sonstige Rückstellungen		7 674 093,55		11 503
			149 209 459,55	144 643
H. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			0,00	0
I. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	4 285 310,13			2 239
2. Versicherungsvermittlern	5 530 589,79			5 366
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	0,00			0
		9 815 899,92		7 605
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		164 800,92		19
davon:				
gegenüber verbundenen Unternehmen: 0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)				
III. Anleihen		0,00		0
davon: konvertibel 0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)				
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0,00		0
V. Sonstige Verbindlichkeiten		7 012 578,46		22 668
davon:			16 993 279,30	30 292
aus Steuern: 89 227,04 EUR (Vorjahr: 24 TEUR)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 326 213,60 EUR (Vorjahr: 485 TEUR)				
gegenüber verbundenen Unternehmen 0,00 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR)				
K. Rechnungsabgrenzungsposten			1 019 410,61	921
L. Passive latente Steuern			0,00	0
Summe der Passiva			4 629 439 260,93	4 421 279

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz des Deutschen Ring Krankenversicherungsverein a. G. für den Schluss des Geschäftsjahres 2013 unter Posten E. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 12 Abs. 3 Nr. 1 des VAG berechnet worden ist. Für eine Mitversicherung wurden die Angaben des Konsortialführers übernommen.

Hamburg, 21. Februar 2014

Dr. Matthias Brake, Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

Posten			2013	2012
	EUR	EUR	EUR	TEUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	679 558 107,68			686 289
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	913 035,09			930
		678 645 072,59		685 359
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	8 741,28			9
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	0,00			0
		8 741,28		9
			678 653 813,87	685 368
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			35 872 359,40	25 691
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		7 592 895,21		9 911
davon:				
aus verbundenen Unternehmen:				
0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon:				
aus verbundenen Unternehmen:				
0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1 265 550,86			1 434
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	176 590 983,81			157 602
		177 856 534,67		159 036
c) Erträge aus Zuschreibungen		5 440 298,46		13 361
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		7 274 426,55		32 268
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		0,00		0
			198 164 154,89	214 576
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			0,00	0
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			7 776 270,64	13 872

Posten

Posten	2013		2012
	EUR	EUR	TEUR
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	498 322 082,99		462 621
bb) Anteil der Rückversicherer	- 9 306,47		199
		498 331 389,46	462 422
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	- 3 294 089,97		11 980
bb) Anteil der Rückversicherer	0,00		0
		- 3 294 089,97	11 980
			495 037 299,49
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung			
aa) Bruttobetrag	172 446 916,83		170 656
bb) Anteil der Rückversicherer	0,00		0
		172 446 916,83	170 656
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		- 1 028 000,00	603
			171 418 916,83
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			
a) erfolgsabhängige		100 253 877,52	117 200
b) erfolgsunabhängige		4 054 489,29	7 686
			104 308 366,81
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Abschlussaufwendungen	56 044 312,89		77 798
b) Verwaltungsaufwendungen	18 295 018,88		18 482
		74 339 331,77	96 280
c) davon ab:			
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		0,00	0
			74 339 331,77
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		3 620 676,39	3 808
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		22 567 904,55	29 393
davon: außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 277 Abs. 3 Satz 1 HGB:			
19 351 432,78 EUR (Vorjahr: 25 493 TEUR)			
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		3 635 128,37	1 188
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		0,00	0
			29 823 709,31
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			0
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			9 401 906,16
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			36 137 068,43

Posten

Posten	EUR	2013	2012
	EUR	EUR	TEUR
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	5 725 518,78		6 206
davon:			
aus Abzinsung gem. § 277 Abs. 5 Satz 1 HGB: 0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)			
aus Währungskursgewinnen gemäß § 277 Abs. 5 Satz 2 HGB: 0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)			
2. Sonstige Aufwendungen	25 435 664,33		11 742
davon:			
aus Aufzinsung gem. § 277 Abs. 5 Satz 1 HGB: 6 336 639,00 EUR (Vorjahr: 5 931 TEUR)			
aus Währungskursverlusten gemäß § 277 Abs. 5 Satz 2 HGB: 44,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)			
		- 19 710 145,55	- 5 536
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		16 426 922,88	25 714
4. Außerordentliche Erträge	0,00		0
5. Außerordentliche Aufwendungen	1 853 445,00		6 647
6. Außerordentliches Ergebnis		- 1 853 445,00	- 6 647
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7 759 433,59		12 575
davon aus Organschaftsumlage:			
0,00 EUR (Vorjahr: 0 TEUR)			
8. Sonstige Steuern	14 044,29		- 8
		7 773 477,88	12 567
9. Erträge aus Verlustübernahme		0,00	0
10. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	0,00		0
		0,00	0
11. Jahresüberschuss		6 800 000,00	6 500
12. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		0,00	0
		6 800 000,00	6 500
13. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		0,00	0
		6 800 000,00	6 500
14. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	0,00		0
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00		0
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	0,00		0
d) aus anderen Gewinnrücklagen	0,00		0
		0,00	0
		6 800 000,00	6 500
15. Entnahmen aus Genussrechtskapital		0,00	0
		6 800 000,00	6 500
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	0,00		6 500
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00		0
c) in satzungsmäßige Rücklagen	0,00		0
d) in andere Gewinnrücklagen	6 800 000,00		0
		6 800 000,00	6 500
		0,00	0
17. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals		0,00	0
18. Bilanzgewinn		0,00	0

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen aufgestellt.

Um die Übersichtlichkeit bei den Tabellen im Lagebericht und im Anhang zu verbessern, werden die Daten des Jahresabschlusses, die auf einer höher verdichteten Ebene dargestellt werden, jeweils kaufmännisch auf- oder abgerundet.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die hier ausgewiesene EDV-Software ist zu den Anschaffungskosten bewertet und beinhaltet entgeltlich erworbene Software sowie Nutzungs- und Markenrechte. Die linearen Abschreibungen erfolgen planmäßig über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Die Bilanzierung erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt, die gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen vermindert werden.

Beteiligungen

Die Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt, die gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip gegebenenfalls um außerplanmäßige Abschreibungen vermindert werden.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Grundsätzlich werden Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere zu Anschaffungskosten bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet. Unter den anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren werden börsenfähige Genussscheine ausgewiesen.

Von der Möglichkeit des § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) wird für ausgewählte Investmentanteile Gebrauch gemacht. Es handelt sich hierbei um Investmentanteile mit einem Buchwert von 937,0 Mio. EUR. Die stillen Reserven in diesem Portfolio betragen 77,6 Mio. EUR; stille Lasten bestehen nicht. Eine Wertminderung wird als dauerhaft angesehen, wenn der Zeitwert des deklarierten Bestandes mit den dem Bilanzstichtag vorangehenden sechs Monaten permanent um mehr als 20 % unter dem Buchwert liegt.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit Kuponzahlung werden zu Anschaffungskosten bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Zero-Inhaberschuldverschreibungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen bilanziert und unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Es befinden sich Asset Backed Securities und Credit Linked Notes im Bestand. Diese Papiere und die darin enthaltenen Optionen werden einheitlich bilanziert. Die Bewertung erfolgt entsprechend der Bewertung der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren.

Von der Möglichkeit des § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) wird für ausgewählte Inhaberschuldverschreibungen (erstmalig) Gebrauch gemacht. Es handelt sich hierbei um Papiere mit einem Buchwert von 608,2 Mio. EUR. Die stillen Lasten zu diesem Portfolio betragen 0,2 Mio. EUR; die stillen Reserven betragen 81,5 Mio. EUR.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Die Bilanzierung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Unterschiedsbeträge gegenüber dem Nennwert werden mittels Effektivzinsmethode über die Laufzeit amortisiert. Das Ausfallrisiko bei den Hypotheken wird durch Einzelwertberichtigungen und außerplanmäßigen Abschreibungen berücksichtigt.

Sonstige Ausleihungen

Bei Anschaffung der Namensschuldverschreibungen werden die Nennwerte aktiviert. Die Unterschiedsbeträge zu den hingegebenen Beträgen werden aktivisch und passivisch abgegrenzt. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung.

Bei Schuldscheinforderungen und Darlehen werden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt. Das Ausfallrisiko wird durch Einzelwertberichtigungen und außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Die übrigen Ausleihungen – bestehend aus Namensgenussscheinen und stillen Beteiligungen – wurden bislang gemäß den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu ihren Anschaffungskosten abzüglich in den Vorjahren erfolgter Abschreibungen bewertet. Es wurden Wertaufholungen auf den am Bilanzstichtag vorliegenden Tageskurswert, maximal bis zu den Anschaffungskosten, vorgenommen. Beginnend mit diesem Abschluss werden für diese Anlagen die An-

schaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt. Das Ausfallrisiko bei den übrigen Ausleihungen wird durch Einzelwertberichtigungen und außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Die Zero-Namensschuldverschreibungen werden mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten zeitanteiligen Zinsforderungen bilanziert.

Es befinden sich strukturierte Produkte im Bestand. Diese Darlehen und die darin enthaltenen Optionen oder Verpflichtungen wurden einheitlich bilanziert. Die Bewertung erfolgt entsprechend der Bewertung der anderen Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen.

Die Zinserträge aus Genussscheinen werden grundsätzlich phasengleich vereinnahmt.

Einlagen bei Kreditinstituten

Die Bewertung der Festgelder wird zu Nominalwerten vorgenommen.

Andere Kapitalanlagen

Unter der Position werden Anteile an der Depfa-Holding II GmbH ausgewiesen. Über diese Gesellschaft werden indirekt Aktien der Aareal Bank AG gehalten. Die Bilanzierung erfolgt zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Abschreibungen.

Forderungen

Bei den zu Nennwerten angesetzten Forderungen werden erkennbare Einzelrisiken durch Abschreibungen bzw. Wertberichtigungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung zu Forderungen an Versicherungsnehmer Rechnung getragen. Die Pauschalwertberichtigung wird auf der Basis der tatsächlichen Ausfälle im Geschäftsjahr für Vorjahre berechnet.

Die Forderungen an Vermittler werden einzel- und pauschalwertberichtigt.

Die übrigen sonstigen Forderungen werden zum Nennwert bewertet.

Sachanlagen und Vorräte

Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Die Vorräte werden zu Anschaffungskosten bewertet. Für einige Wirtschaftsgüter wird ein Festwert gebildet.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten

Die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nennwert bilanziert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die noch nicht fälligen Zinsen und sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten werden zeitanteilig, die Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen nach der Effektivzinsmethode ermittelt.

Aktive latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern beruhen im Wesentlichen auf temporären Differenzen im Bereich der Kapitalanlagen und der Pensionsrückstellungen. Bei der Ermittlung der latenten Steuern wird ein Steuersatz von 32,3 % zugrunde gelegt.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Wir halten verpfändete Rückdeckungsversicherungen für einen Teil der Pensionsverpflichtungen. Diese werden gemäß § 246 Abs. 2 i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem Zeitwert bewertet und mit dem korrespondierenden Teil der Pensionsrückstellung verrechnet. Diese Verrechnung erfolgt gemäß IDW Rundschreiben HFA 30 Tz.34 nur mit den Versorgungsverpflichtungen, zu dessen Erfüllung das Deckungsvermögen dient.

Ein entstehender Aktivüberhang ist unter diesem Posten in der Bilanz ausgewiesen. Der Zeitwert der Rückdeckungsversicherung entspricht ihrem Aktivwert.

Beitragsüberträge

Die ausgewiesenen Beitragsüberträge enthalten im Berichtsjahr fällig gewordene, auf das Folgejahr entfallene Beitragsteile zu Gruppen- und Auslandsreiseversicherungen gegen Einmalbeitrag. Die Beträge werden einzeln ermittelt.

Bei der Ermittlung der übertragsfähigen Beitragsteile wird das Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. April 1974 beachtet.

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wird einzelvertraglich nach der prospektiven Methode gemäß den in den technischen Berechnungsgrundlagen festgelegten Verfahren ermittelt. Für den Altbestand wird der höchstzulässige Rechnungszins von 3,5 % zugrunde gelegt und für den Unisex-Bestand ein Rechnungszins von 2,75 %.

Zum 31. Dezember 2013 sind stornierte Verträge mit Übertragungswert im Endbestand der Deckungsrückstellung zu belassen. Der in der Deckungsrückstellung enthaltene Übertragungswert zum 31. Dezember 2013 beträgt 2 317 252,24 EUR.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung wird gem. § 341g HGB in Verbindung mit § 26 Abs.1 Satz 3 und 4 RechVersV nach statistischem Näherungsverfahren gebildet. Grundlagen sind die bis zum Zeitpunkt der Ermittlung der Rückstellung eingetretenen Aufwendungen für Versicherungsfälle des Vorjahres. Dieser Ausgangswert wird um einen geschätzten Betrag für noch zu erwartende Aufwendungen anhand der Quoten der Vorjahre erhöht. Zusätzlich werden Auswirkungen außergewöhnlicher Umstände sowie der Einfluss aus dem Arzneimittelrabattgesetz (AMRabG) bewertet.

Forderungen aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen werden von der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle abgesetzt.

Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft wird die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle entsprechend der Vorgabe des Vorversicherers bzw. pauschal gestellt.

Rückstellung für Schadenregulierungskosten

Die Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen ergibt sich aus der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle und aus der Relation der Schadenregulierungsaufwendungen zu den gezahlten Schäden.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Auf die in die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung eingestellten Beträge haben die Mitglieder einen Rechtsanspruch. Die Höhe und Form der Ausschüttung sowie Zeitpunkt und Voraussetzung der Barausschüttung bestimmt seit der Satzungsänderung vom 15. Juni 2007 der Vorstand.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Hier wird eine Rückstellung für überrechnungsmäßige Abgänge ausgewiesen. Sie ergibt sich aus der Summe der negativen Alterungsrückstellung, bewertet mit einem aus den überrechnungsmäßigen Abgängen des Jahres 2013 abgeleiteten Schätzwert für den erwarteten überrechnungsmäßigen Abgang in 2014.

Andere Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Für die Bewertung werden als Rechnungsgrundlagen die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet.

Mit Ausnahme der Pensionszusagen aus Gehaltsumwandlung wird der Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit der Projected-Unit-Credit-Methode berechnet und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 3 HGB

mit dem korrespondierenden Deckungsvermögen verrechnet. Der Rechnungszinsfuß zum 31. Oktober 2013 beträgt gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB 4,90 %. Darüber hinaus werden folgende Bewertungsparameter bei der Berechnung berücksichtigt:

Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass die Versorgungsberechtigten die Betriebsrente mit dem frühest möglichen Bezug einer Vollrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen. Falls in der Pensionszusage ein früheres Pensionierungsalter vereinbart ist, so wird dieses Pensionierungsalter bei der Bewertung berücksichtigt. Für die Ausscheideursache Fluktuation wird bei Männern eine Wahrscheinlichkeit von 1,30 % und bei Frauen von 1,00 % angesetzt. Der Gehaltstrend fließt mit 2,50 % ein. Falls die Pensionszusage eine garantierte Rentenanpassung enthält, wird diese berücksichtigt. Die übrigen Pensionszusagen werden mit einem Rententrend von 2,00 % bewertet.

Für kongruent rückgedeckte Pensionszusagen durch Gehaltsumwandlung wird der Aktivwert der Rückdeckungsversicherung angesetzt.

Das im Jahr 2010 aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ausgeübte Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB, die erforderliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf maximal 15 Jahre zu verteilen, wird weiterhin in Anspruch genommen. Im Geschäftsjahr 2013 wird ein Fünftel zugeführt.

Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen werden nach ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme ermittelt.

Sonstige Rückstellungen

1. Rückstellungen für KV-Zuschuss

Zur Berechnung der Rückstellungen für den an die Rentner der SIGNAL IDUNA Gruppe zu gewährenden Zuschuss zur privaten Krankenversicherung werden als Rechnungsgrundlagen die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. In Anlehnung an die Berechnung der Pen-

sionsrückstellungen wird die Projected-Unit-Credit-Methode angewandt. Die Bewertungsparameter entsprechen ebenfalls den unter Pensionsrückstellungen genannten, ergänzt um einen Kostentrend von 3,00 %.

2. Rückstellungen für Jubiläen

Die Bewertung der Rückstellungen für Jubiläen erfolgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB analog zur Pensionsrückstellungsermittlung. Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Der Bewertung liegt der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Rechnungszins mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren zugrunde. Zum 31. Oktober 2013 beträgt dieser 4,57 %. Die übrigen Bewertungsparameter entsprechen den unter Pensionsrückstellungen genannten.

3. Rückstellungen für Altersteilzeit

Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit erfolgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB. Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte aus den Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Dabei ergibt sich der Erfüllungsbetrag aufgrund der versicherungsmathematisch diskontierten Gehaltszahlungen in der Freistellungsphase. Die Rückstellung beinhaltet außerdem den Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie den tariflichen Aufstockungsbetrag. Als Rechnungszins wird der von der Deutschen Bundesbank herausgegebene Zins mit einer Restlaufzeit von 3 Jahren angewandt. Dieser liegt zum 31. Oktober 2013 bei 3,65 %.

Zur Insolvenzsicherung der Wertguthaben aus Altersteilzeitverpflichtungen gem. § 8a Altersteilzeitgesetz halten wir verpfändete Kontokorrentkonten. Diese werden gemäß § 246 Abs. 2 i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem Zeitwert bewertet und mit dem Teil der Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen verrechnet, der für den Erfüllungsrückstand ist.

4. Sonstige Rückstellungen

Alle anderen Rückstellungen werden nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt

und – soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen – gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die Passivierung wird mit den Erfüllungsbeträgen vorgenommen.

Alle Verbindlichkeiten – mit Ausnahme der Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionssicherungsverein (326,2 TEUR – die längste Verbindlichkeit läuft bis zum Jahr 2021) – haben eine Laufzeit von weniger als einem Jahr.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die vorausgezahlten Zinsen und Mieten werden zeitanteilig, die Disagiobeträge aus Namensschuldverschreibungen werden nach der Effektivzinismethode ermittelt.

Passive latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB bilanziell nicht angesetzt wird.

Währungsumrechnung

Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen, die in ausländischer Währung geführt werden, werden zum Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank des Bilanzstichtages in EUR umgerechnet.

Entwicklung der Aktivposten B, C I bis III im Geschäftsjahr 2013

Aktivposten	BILANZWERTE VORJAHR TEUR	ZUGÄNGE TEUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0	0
2. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1 003	1 539
3. Geschäfts- oder Firmenwert	0	0
4. Geleistete Anzahlungen	0	0
5. Summe B.	1 003	1 539
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7 028	0
C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	93 517	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0
3. Beteiligungen	187 268	72 986
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0
5. Summe C II.	280 785	72 986
C III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 111 753	10 782
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	667 685	224 717
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	11 202	0
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	692 291	225 762
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1 242 616	35 281
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0	0
d) übrige Ausleihungen	45 588	12 374
5. Einlagen bei Kreditinstituten	50 000	156 200
6. Andere Kapitalanlagen	10 881	0
7. Summe C III.	3 832 016	665 116
Insgesamt	4 120 832	739 641

	UMBUCHUNGEN	ABGÄNGE	ZUSCHREIBUNGEN	ABSCHREIBUNGEN	BILANZWERTE GESCHÄFTSJAHR
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
	0	0	0	0	0
	0	75	0	759	1 708
	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0
	0	75	0	759	1 708
	0	0	0	701	6 327
	0	2 600	0	7 465	83 452
	0	0	0	0	0
	0	68 147	0	10 581	181 526
	0	0	0	0	0
	0	70 747	0	18 046	264 978
	0	16 244	103	2 412	1 103 982
	0	65 246	81	103	827 134
	0	1 044	0	0	10 158
	0	20 000	0	0	898 053
	0	176 183	0	120	1 101 594
	0	0	0	0	0
	0	7 229	18	1 186	49 565
	0	0	0	0	206 200
	0	0	5 238	0	16 119
	0	285 946	5 440	3 821	4 212 805
	0	356 768	5 440	23 327	4 485 818

Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

Angabe zu Zeitwerten nach §§ 54 bis 56 RechVersV

	ZEITWERTE GESCHÄFTSJAHR EUR	ZEITWERTE VORJAHR EUR
C. Kapitalanlagen		
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	15 000 000,00	14 920 000,00
C II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	83 451 757,90	93 517 122,19
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
3. Beteiligungen	228 886 016,36	244 518 887,41
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
5. Summe C II.	312 337 774,26	338 036 009,60
C III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 189 997 212,52	1 190 956 630,64
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	914 140 924,69	788 661 676,06
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	10 480 180,42	11 850 898,35
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	968 928 277,02	803 055 167,43
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1 196 115 722,24	1 373 669 751,15
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0,00	0,00
d) übrige Ausleihungen	44 700 359,10	45 984 429,66
5. Einlagen bei Kreditinstituten	206 200 000,00	50 000 000,00
6. Andere Kapitalanlagen	22 367 000,00	13 748 000,00
7. Summe C III.	4 552 929 675,99	4 277 926 553,29
Insgesamt	4 880 267 450,25	4 630 882 562,89

C. Kapitalanlagen

Bei Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken erfolgte die Ermittlung der Zeitwerte jährlich auf Basis des jeweiligen Ertragswertes in Anlehnung an die aktuelle Immobilienwertermittlungsverordnung.

Die Zeitwertermittlung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt je nach Art der Beteiligung in der Regel nach dem Ertragswertverfahren, nach der Equity-Methode, auf Basis des Net Asset Values, anhand des Börsenkurses oder auf Basis des Fair Market Value. Sofern keine genaueren Werte festgestellt werden können, werden die Anschaffungskosten bzw. die Buchwerte angesetzt.

Bei einer Beteiligung an einer nicht notierten Aktiengesellschaft erfolgt die Zeitwertermittlung auf Basis des vom betreffenden Unternehmen bekanntgegebenen Aktienkurses.

Sechs Beteiligungen und ein verbundenes Unternehmen wurden im Geschäftsjahr auf den niedrigeren beizulegenden Wert angeschrieben.

Für börsennotierte Kapitalanlagen werden die Kurswerte zum Abschlussstichtag zugrunde gelegt. Investmentanteile werden mit den von den Fondsgesellschaften mitgeteilten Rücknahmekursen angesetzt.

Sowohl für die zum Nennwert bilanzierten Namensschuldverschreibungen als auch für die zu Anschaffungskosten bilanzierten Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, übrigen Ausleihungen sowie die nicht notierten Zero-Schuldscheinforderungen und Zero-Namensschuldverschreibungen werden die Zeitwerte mittels der Discounted Cash Flow-Methode ermittelt.

Bei den zu Anschaffungskosten und Nennwerten bilanzierten Titeln befinden sich einzelne Anlagen mit negativen Bewertungsreserven. Bei fünf Namensgenussscheinen wurde eine Nominalwertherabsetzung durchgeführt. Weitere Forderungsausfälle, die zu einer dauerhaften Wertminderung führen, werden nicht erwartet.

Die Zeitwerte der zum Nennwert bilanzierten Einlagen bei Kreditinstituten entsprechen den jeweils fortgeführten Anschaffungskosten.

Derivative Finanzinstrumente

Art und Umfang sowie beizulegender Zeitwert (§ 285 Nr. 19 HGB)

Im Bestand befinden sich strukturierte Zinsprodukte mit Optionscharakter im Buchwert von 258 580 488,62 EUR (Vorjahr: 77 791 262,66 EUR); ihr Zeitwert beträgt 240 850 299,70 EUR (Vorjahr: 86 582 557,93 EUR). Weiterhin befinden sich Kreditderivate im Buchwert von 11 856 450,50 EUR (Vorjahr: 11 959 200,50 EUR) im Bestand; ihr Zeitwert beträgt 12 419 250,50 EUR (Vorjahr: 12 705 000,50 EUR). Es handelt sich hierbei um Asset Backed Securities (ABS) und Credit Linked Notes (CLN). Die ABS-Papiere und das CLN-Papier werden unter den Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren geführt. Ein ABS-Papier verfügt über einen Erinnerungswert von 0,50 EUR. Die übrigen Kreditderivate – ein ABS- und ein CLN-Papier sind nicht geratet. Die angegebenen Buch- und Zeitwerte beziehen sich jeweils auf das gesamte strukturierte Produkt bzw. das ABS- und CLN-Papier. Bei der Ermittlung der Zeitwerte werden an Finanzmärkten gängige Bewertungsverfahren eingesetzt.

Zu den einzelnen Positionen vermerken wir ergänzend Folgendes:

	2013 EUR	2012 EUR
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6 326 805,28	7 027 970,52
Der Bilanzwert der im Rahmen unserer Tätigkeit genutzten eigenen Grundstücke und Bauten beträgt 0,00 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR).		

	ANTEIL AM KAPITAL %	EIGENKAPITAL EUR	JAHRESERGEBNIS EUR
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen			
Alvecon Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (gehalten von Balance Vermittlungs- und Beteiligungs-AG, Hamburg)	100,00	3 482,17	158,97
Alvecon GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main (gehalten von Balance Vermittlungs- und Beteiligungs-AG, Hamburg)	100,00	27 102,86	- 1 404 191,95
Balance Vermittlungs- und Beteiligungs-AG, Hamburg	100,00	62 560 551,24	- 4 041 809,85
MedX Gesellschaft für medizinische Expertise mbH, Hamburg	100,00	1 465 957,40	60 333,28
3. Beteiligungen			
Deutscher Ring Bausparkasse AG, Hamburg	35,00	42 152 065,04	219 841,28
OVH Holding AG, Köln	21,28	79 838 783,69	8 006 938,72

	BUCHWERT 31. DEZEMBER 2013 EUR	MARKTWERT 31. DEZEMBER 2013 EUR	BEWERTUNGS- RESERVE EUR	AUSSCHÜTTUNG 2013 EUR
III. 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Angaben zu den Investmentanteilen nach § 285 Nr. 26 HGB)				
Art des Fonds / Anlageziel				
gemischte Fonds				
HANSA DRK	936 996 658,65	1 014 628 209,27	77 631 550,62	37 460 472,23
Immobilienfonds				
HANSAreal2	38 064 425,79	38 064 425,79	0,00	1 274 923,20
	975 061 084,44	1 052 692 635,06	77 631 550,62	38 735 395,43

Die aufgeführten Fonds können börsentäglich zurückgegeben werden. Einzahlungsverpflichtungen lagen im Geschäftsjahr nicht vor. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip.

Der Fonds HANSA DRK ist gem. der Möglichkeit des § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Stille Lasten bestehen nicht.

Anteile an Investmentfonds dienen in erster Linie der Erzielung einer überdurchschnittlichen Wertsteigerung und bilden somit einen wichtigen Bestandteil zur Erzielung einer wettbewerbsfähigen Rendite.

Der nach Anwendung des § 341b Abs. 2 HGB wie Anlagevermögen bewertete Spezialfonds hingegen ist primär auf die Erwirtschaftung von laufenden Erträgen ausgerichtet und trägt zur Erreichung der passivseitigen Zinserfordernis bei.

	2013 EUR	2012 EUR
III. 4.d) übrige Ausleihungen		
Namensgenussscheine	27 000 000,00	29 737 612,23
stille Beteiligungen	22 565 584,39	15 850 818,84
Mitarbeiter- und sonstige Darlehen	0,00	0,00
	49 565 584,39	45 588 431,07
G. Rechnungsabgrenzungsposten		
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		
Aufgelder für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Namensgenussscheine	0,00	0,00
Sonstige	448 913,47	941 177,46
	448 913,47	941 177,46
I. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		
Pensionsrückstellung		
Zeitwert des Deckungsvermögens am 31. Dezember dazu korrespondierende zu saldierende Erfüllungsbeträge aus der Pensionsrückstellung	5 869 261,00	5 208 750,00
	3 318 376,00	2 895 095,00
Altersteilzeitverpflichtung		
Zeitwert des Deckungsvermögens am 31. Dezember dazu korrespondierende zu saldierende Erfüllungsbeträge aus der Altersteilzeitverpflichtung	965 353,97	0,00
	620 675,00	0,00
Aktivischer Überhang am 31. Dezember	2 895 563,97	2 313 655,00

Passivseite	2013 EUR	2012 EUR
A. Eigenkapital		
III. Gewinnrücklagen		
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		
Stand am 1. Januar	131 500 000,00	125 000 000,00
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	0,00	6 500 000,00
Stand am 31. Dezember	<u>131 500 000,00</u>	<u>131 500 000,00</u>
4. andere Gewinnrücklagen		
Stand am 1. Januar	57 137 733,29	57 137 733,29
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	6 800 000,00	0,00
Stand am 31. Dezember	<u>63 937 733,29</u>	<u>57 137 733,29</u>
E. Versicherungstechnische Rückstellungen		
III. Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		
Von der Rückstellung wurden Forderungen aus Regressen in Höhe von 20 473,03 EUR (Vorjahr: 7 562,12 EUR) und Pharmarabatte in Höhe von 2 653 991,09 EUR (Vorjahr: 1 104 738,88 EUR) abgesetzt.	<u>134 722 510,62</u>	<u>138 016 600,59</u>
IV. Rückstellungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	<u>312 211 961,47</u>	<u>270 334 032,14</u>

Erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung

Gemäß den bisher vom Vorstand gefassten Beschlüssen über die Ansprüche auf erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wird den versicherten Personen folgende Beitragsrückerstattung gewährt, sofern die Voraussetzungen dafür erfüllt sind:

TARIF-GRUPPE	TARIFE DER TARIFGRUPPE	LEISTUNGS-FREIHEIT	BARAUSSCHÜTTUNG IN DURCHSCHNITTLICHEN MONATSBEITRÄGEN (MB) IN 2013, 2014 UND 2015
Vollversicherung Bausteintarife	A (Tarifstufen A10, A11, A15, A16, A22, A50, A75, A92) inkl. gleichzeitig bestehendem Tarif D oder Z	5 Jahre	5 MB
		4 Jahre	4 MB
		3 Jahre	3 MB
		2 Jahre	2 MB
		1 Jahr	1 MB
Vollversicherung Kompakttarife	Classic, Classic +, Comfort, Comfort +, Esprit, Esprit M, Esprit X, Esprit MX, M80, Profi M, Profi S, R10-R78, RAS, RSS, BK, BK (Baden-Württemberg) PIT (besondere Bedingungen für den Übertragungswert) sowie für die gleichnamigen Unisextarife	5 Jahre	75 % von 5 MB
		4 Jahre	75 % von 4 MB
		3 Jahre	75 % von 3 MB
		2 Jahre	75 % von 2 MB
		1 Jahr	75 % von 1 MB
Ausbildungstarife	nach den Sonderbedingungen der oben genannten Tarife	3 Jahre	75 % von 6 MB
		2 Jahre	75 % von 4 MB
		1 Jahr	75 % von 2 MB

Die Barausschüttung für den Tarif PIT erfolgt, sofern auch ein BRE-Anspruch aus den oben genannten anderen Tarifen besteht.

Zerlegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und Betrag nach § 12a des Versicherungsaufsichtsgesetzes

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	
	2013 EUR	Poolrelevante Rückstellung für Beitragsrückerstattung aus der Pflegepflichtversicherung 2013 EUR	Betrag nach § 12a Abs. 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes 2013 EUR	Sonstiges 2013 EUR
1. Bilanzwerte 1. Januar	238 827 952,23	15 807 799,25	12 227 493,25	3 470 787,41
2. Entnahme zur Verrechnung	31 807 653,17	1 303 549,09	2 753 066,72	8 090,42
3. Entnahme zur Barausschüttung	24 888 789,90	0,00	0,00	1 669 288,18
4. Zuführung*	100 253 877,52	0,00	2 443 058,10	1 611 431,19
5. Bilanzwerte 31. Dezember	282 385 386,68	14 504 250,16	11 917 484,63	3 404 840,00
6. Gesamter Betrag nach § 12a des Versicherungsaufsichtsgesetzes				10 886 203,80
	2012 EUR	2012 EUR	2012 EUR	2012 EUR
1. Bilanzwerte 1. Januar	166 283 968,21	18 852 751,73	10 084 786,04	3 161 586,81
2. Entnahme zur Verrechnung	19 190 505,22	2 994 373,31	3 502 770,75	3 786,67
3. Entnahme zur Barausschüttung	25 465 428,26	0,00	0,00	1 778 112,16
4. Zuführung	117 199 917,50	– 50 579,17	5 645 477,96	2 091 099,43
5. Bilanzwerte 31. Dezember	238 827 952,23	15 807 799,25	12 227 493,25	3 470 787,41
6. Gesamter Betrag nach § 12a des Versicherungsaufsichtsgesetzes				23 075 049,56

* Gemäß der Änderung des Poolvertrags wurde die poolrelevante Zuführung für die Pflegepflichtversicherung in der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung reserviert.

	2013 EUR	2012 EUR
G. Andere Rückstellungen		
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Rückstellungen		
Pensionsrückstellung		
Rückstellung vor Saldierung	113 102 391,15	99 170 941,90
davon mit Deckungsvermögen verrechnungsfähig	– 3 790 325,15	– 3 351 625,90
verbleibende Rückstellung	<u>109 312 066,00</u>	<u>95 819 316,00</u>
II. Steuerrückstellungen	<u>32 223 300,00</u>	<u>37 320 300,00</u>
III. Sonstige Rückstellungen		
Altersteilzeitverpflichtungen		
Rückstellung vor Saldierung	937 486,00	1 507 186,00
davon mit Deckungsvermögen verrechnungsfähig	– 620 675,00	– 965 353,97
verbleibende Rückstellung	<u>316 811,00</u>	<u>541 832,03</u>
Variable Vergütung	2 296 020,00	2 326 661,00
Urlaubsverpflichtungen	987 621,43	958 518,08
Jubiläen	807 357,00	378 763,00
Zuschuss Krankenversicherung	739 870,00	434 894,00
Gratifikationen	734 561,48	0,00
Vergütung Freie Vertriebe	601 853,00	1 530 571,86
Verpflichtungen aus Zeitguthaben	529 684,15	607 133,49
Jahresabschlusskosten	276 300,00	213 600,00
Offene Rechnungen	162 700,49	4 107 295,45
Berufsgenossenschaftsbeiträge	158 000,00	127 600,00
Betriebliche Veranstaltung	32 000,00	0,00
Aufbewahrungskosten	18 000,00	0,00
Prozesskosten	0,00	100 100,00
Vertrauensschadenversicherung	0,00	157 438,35
Sonstige	13 315,00	18 693,20
K. Rechnungsabgrenzungsposten		
Disagiobeträge auf Kapitalanlagen	881 918,24	920 945,70
vorausgezahlte Mieten	137 492,37	0,00
	<u>1 019 410,61</u>	<u>920 945,70</u>

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	2013 EUR	2012 EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung		
Gebuchte Bruttobeiträge		
aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft		
untergliedert nach		
– Einzelversicherungen	660 554 343,78	667 626 732,53
– Gruppenversicherungen	18 996 056,86	18 652 929,00
	679 550 400,64	686 279 661,53
– laufenden Beiträgen	660 950 321,85	668 343 453,34
– Einmalbeiträgen	18 600 078,79	17 936 208,19
	679 550 400,64	686 279 661,53
Aufteilung nach Versicherungsarten		
Krankheitskostenvollversicherungen	478 717 394,09	483 243 164,08
Krankentagegeldversicherungen	19 826 389,14	19 420 829,17
selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	17 215 185,34	19 976 493,57
sonstige selbstständige Teilversicherungen	103 162 769,96	105 121 235,11
Pflegepflichtversicherungen	38 539 982,87	37 679 327,07
– davon GPV*	(2 682 146,69)	(2 669 942,16)
Ergänzende Pflegezusatzversicherungen	3 005 507,63	2 855 109,34
Spezielle Ausschnittsversicherungen	0,00	47 295,00
geförderte ergänzende Pflegevorsorgeversicherungen	483 092,82	0,00
Auslandsreisekrankenversicherungen	18 600 078,79	17 936 208,19
	679 550 400,64	686 279 661,53
davon Beitragszuschlag nach § 12 Abs. 4a VAG	27 175 937,48	27 260 213,09
Gebuchte Bruttobeiträge		
aus dem übernommenen Versicherungsgeschäft	7 707,04	8 736,63
I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge	679 558 107,68	686 288 398,16

* Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen zur Durchführung der privaten Pflegeversicherung für Mitglieder der Postbeamtenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten

	2013 EUR	2012 EUR
Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		
untergliedert nach		
– Einzelversicherungen	31 807 653,17	19 190 505,22
– Gruppenversicherungen	0,00	0,00
	31 807 653,17	19 190 505,22
Aufteilung nach Versicherungsarten		
Krankheitskostenvollversicherungen	27 491 297,02	18 580 461,33
Krankentagegeldversicherungen	2 617 879,86	604 577,69
selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	215 747,46	0,00
sonstige selbstständige Teilversicherungen	1 482 309,11	5 296,75
Ergänzende Pflegezusatzversicherungen	419,72	169,45
	31 807 653,17	19 190 505,22
Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für die erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	4 064 706,23	6 500 930,73
I. 2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung	35 872 359,40	25 691 435,95
In Rückdeckung gegebenes Krankenversicherungsgeschäft		
Der Rückversicherungssaldo beträgt:		
(– = zugunsten der Rückversicherer)	– 922 341,56	– 730 879,03

	2013	2012
Anzahl der versicherten natürlichen Personen¹		
Aufteilung (ohne Auslandsreisekrankenversicherungen) nach		
– Vollversicherungen	136 329	138 044
– Ergänzungsversicherungen	503 703	515 018
	640 032	653 062
Aufteilung nach Versicherungsarten		
Krankheitskostenvollversicherungen	136 329	138 044
Krankentagegeldversicherungen	70 406	72 981
selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	236 491	244 668
sonstige selbstständige Teilversicherungen	312 622	318 504
Pflegepflichtversicherungen (einschl. GPV)	148 569	150 492
Ergänzende Pflegezusatzversicherungen	11 534	11 161
Spezielle Ausschnittsversicherungen	0	1 313
geförderte ergänzende Pflegevorsorgeversicherungen	3 044	0
Auslandsreisekrankenversicherungen	963 618	912 727

¹ Zählweise gem. Kennzahlenkatalog des PKV-Verbands. Bedingt durch Mehrfachnennung natürlicher Personen in den einzelnen Rubriken ist die tatsächliche Anzahl versicherter natürlicher Personen niedriger als die Summe über die Versicherungsarten.

	2013 EUR	2012 EUR
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge	7 776 270,64	13 872 087,21
– davon übernommene Übertragungswerte	4 104 982,93	6 871 608,13
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	9 401 906,16	7 040 649,23
– davon abgegebene Übertragungswerte	6 091 165,49	5 839 293,42
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
6. Außerordentliches Ergebnis		
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
Außerordentliche Aufwendungen	1 853 445,00	6 647 045,21
	– 1 853 445,00	– 6 647 045,21
Das außerordentliche Ergebnis beinhaltet im Geschäftsjahr 2013 den Mindestzuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen.		
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		
für Vorjahre	– 945 537,67	578 392,54
für das Geschäftsjahr	8 704 971,26	11 996 786,80
	7 759 433,59	12 575 179,34
Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen ausschließlich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.		

	2013 EUR	2012 EUR
Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen		
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	33 514 374,38	64 671 859,86
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	1 854 831,63	2 075,00
3. Löhne und Gehälter	44 189 360,93	38 174 757,44
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	7 703 128,51	6 638 528,55
5. Aufwendungen für Altersversorgung	6 043 128,43	3 159 695,65
6. Aufwendungen insgesamt	93 304 823,88	112 646 916,50

Sonstige Angaben

Gesamtbezüge des Vorstandes und des Aufsichtsrates, gewährte Kredite

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes für das Geschäftsjahr beliefen sich auf 1 104 087,53 EUR (Vorjahr: 1 034 311,33 EUR). Ehemalige Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen erhielten vom Unternehmen 828 230,61 EUR (Vorjahr: 742 653,75 EUR). Die Rückstellungen für die Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen betragen 11 791 418,00 EUR (Vorjahr: 10 733 968,00 EUR).

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit 618 782,44 EUR (Vorjahr: 501 780,83 EUR).

An Mitglieder des Vorstandes wurden keine Kredite gewährt.

Gesamthonorar Abschlussprüfer

Auf die Angaben über das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar gemäß § 285 Nr. 17 HGB wurde verzichtet, da die Angaben im Konzernabschluss des Deutschen Ring Krankenversicherungsvereins enthalten sind.

Mitarbeiter

Wir beschäftigen im Durchschnitt 810 (Vorjahr: 685) angestellte Mitarbeiter im Innendienst und 26 (Vorjahr: 16) Angestellte im Außendienst.

In der SIGNAL IDUNA Gruppe betrug in 2013 die durchschnittliche Anzahl der angestellten Innen- und Außendienstmitarbeiter 8 891 (Vorjahr: 9 150). Außerdem waren 4 006 (Vorjahr: 4 111) selbstständige Ausschließlichkeitsagenturen tätig.

Haftungsverhältnisse und Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die nicht bilanzierten Pensionen und pensionsähnlichen Verpflichtungen von vor 1987 gemäß Artikel 28 Abs. 1 EGHGB betragen 745,6 TEUR (Vorjahr: 324,1 TEUR).

Die nach BilMoG neu bewerteten und aufgrund des Verteilungswahrechts nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB noch nicht in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnlichen Verpflichtungen betragen 17,3 Mio. EUR (Vorjahr: 19,1 Mio. EUR).

Für unser Unternehmen besteht gemäß § 124 VAG die Pflichtmitgliedschaft an einem Sicherungsfonds. Im Eintrittsfall erhebt der Sicherungsfonds zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge bis zur Höhe von max. zwei Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen. Danach ergibt sich eine max. Zahlungsverpflichtung von 8 533 558,76 EUR (Vorjahr: 8 113 570,73 EUR). Für eine Inanspruchnahme liegen keine Anhaltspunkte vor.

Weiterhin bestehen zum Ende des Geschäftsjahres Einzahlungsverpflichtungen aus Andienungsrechte der Emittenten für Multitranchen in Höhe von 240,0 Mio. EUR (Vorjahr: 0,0 Mio. EUR).

Es besteht eine Mietverpflichtung in Höhe von 7,5 Mio. EUR, die pauschal für die vorzeitige Beendigung des Vertrages vereinbart worden ist.

Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Berichtszeitraum wurden mit nahestehenden Unternehmen und Personen keine marktunüblichen Geschäfte im Sinne des § 285 Satz 1 Nr. 21 HGB getätigt.

Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen

Ausschüttungsgesperrte Beträge im Sinne des § 268 Abs. 8 HGB sind nicht angefallen.

Organe

Mitgliedervertretung

Dipl.-Ing. (FH) Uwe Baldschus
Ingenieur
Reichmannsdorf

Dipl.-Verwaltungsw. Hans-Ulrich Benra
stellv. Bundesvorsitzender,
dbb beamtenbund und tarifunion
Flakensee
seit 27. Juni 2013

Antje Blumenthal
Mitglied des Bundestages i. R.
Hamburg

Maries Bornemann
Bürokauffrau
Issum

Dipl.-Betriebsw. Harald Caspari
Projektmanager
Mainz-Kastel

Lutz Gassmann
Fliesenlegermeister
Essen

Birgit Giebels
Sparkassen-Betriebswirtin
Essen

Prof. Dr. Walter Grosshans
Physiker
Offenburg

Brigitte Haase
Kauffrau
Hamburg

Andrea Hendrix
Kauffrau
Kamp-Lintfort

Dipl.-Betriebsw. (BA) Steffen Hess
Kaufmann
Östringen

Reinhard Jaksch
Rechtsanwalt i. R.
Ettlingen

Dipl.-Ing. Manfred Koch
Geschäftsführer
Saalfeld

Gerhard Kockert
Geschäftsführer
Wittichenau

Dipl.-Ing. Christian Körner
Vertriebsingenieur
Hamburg

Dipl.-Wirt. Inf. Sven-Olaf Kruse
Geschäftsführer
Lippstadt

Brigitte Leisner-Tornieporth
Personalberaterin
Hamburg

Harald Lux
Kaufmann
Remscheid

Bernhard Matros
Versicherungsfachwirt i. R.
Sigmaringendorf

Sabine Maus-Siebenhaar
Rechtsanwältin
Wermelskirchen

Johannes Ney
Geschäftsführer
Saarlouis

Reinhard Oeser
Flugkapitän i. R.
Bordesholm

Dipl.-Wirt. Ing. Fritz Peters
Unternehmer
Ingolstadt

Andreas-M. Reinhard
TV-Redakteur
Ismaning

Manuela Schaar
Programmiererin
Hannover

Renate Schneider
Buchhalterin
Ebringen

Dipl.-Ing. Rigo Schubert
Geschäftsführender Gesellschafter
Mönchhagen

Dietmar Schwenner
Geschäftsführer
Welver-Dinker

Petra Tiemann
Juristin
Hamburg

Friedhelm Tillmanns
Prokurist
Mülheim

Reiner Karl Veit
Journalist
Berlin

Aufsichtsrat

Von der Mitgliedervertretung gewählt:

Reinhold Schulte
Vorstandsvorsitzender i. R.,
SIGNAL IDUNA Gruppe
Dortmund
Vorsitzender
seit 27. Juni 2013

Dipl.-Kfm. Günter Kutz
Vorstandsvorsitzender i. R.,
IDUNA NOVA Gruppe
Ahrensburg
Vorsitzender
bis 27. Juni 2013

Dipl.-Kfm. Christian Graf von Bassewitz
Persönlich haftender Gesellschafter
und Sprecher der Geschäftsleitung i. R.,
Bankhaus Lampe KG
Hamburg
stellv. Vorsitzender

Dr. Dietmar Jllert
Geschäftsführender Direktor i. R.,
Kommunalbau Rheinland-Pfalz GmbH
Mainz
stellv. Vorsitzender

Dr. jur. Klaus-Peter Balthasar
Rechtsanwalt, Landrat a. D.
Münstermaifeld

Dipl.-oec. Corina Bauer
Geschäftsführende Gesellschafterin,
BAUER GmbH
Wildenfels

Betriebswirt Peter Becker
Bäckermeister
Seevetal

Dr. Gerd Greiser
Redakteur NDR
Hamburg

Dipl.-Ing. Lutz Heese
Architekt,
Geschäftsführender Gesellschafter
ABH-Architekturbüro Heese GmbH
München

Dipl.-Ing. Otto Kentzler
Gas-Wasser-Installateur und Klempner
Dortmund

Gotthard Reiner
Selbstständiger Elektromeister
Deilingen

Rainer Scheidt
Direktor,
Aktiengesellschaft Dillinger Hüttenwerke
Wadgassen

Renate-Liane Schneider
Geschäftsführende Gesellschafterin,
Markko GmbH
Bergisch-Gladbach

Von der Arbeitnehmerschaft gewählt:

Peter Both
 Versicherungsangestellter,
 Mitglied des Betriebsrates,
 SIGNAL IDUNA Gruppe
 Hauptverwaltung Dortmund
 Hamm
 seit 27. Juni 2013

Dipl.Volksw. Bengt Ole Burmester
 Versicherungsangestellter,
 Mitglied des Betriebsrates,
 SIGNAL IDUNA Gruppe
 Hauptverwaltung Hamburg
 Hamburg
 seit 27. Juni 2013

Kai Kantelberg
 Versicherungsangestellter,
 SIGNAL IDUNA Gruppe
 Schwarzenbek
 bis 27. Juni 2013

Sven Kluth
 Versicherungsangestellter,
 Mitglied des Gesamtbetriebsrates Deutscher Ring
 Krankenversicherungsverein a. G.
 Geesthacht

Frank Meyer
 Versicherungsangestellter,
 SIGNAL IDUNA Gruppe
 Hamburg
 bis 27. Juni 2013

Bärbel Richter
 Versicherungsangestellte,
 Mitglied des Betriebsrates,
 SIGNAL IDUNA Gruppe
 seit 27. Juni 2013

Thorsten Stein
 Versicherungsangestellter,
 SIGNAL IDUNA Gruppe
 Hamburg
 bis 27. Juni 2013

Rolf Svensson
 Versicherungsangestellter,
 SIGNAL IDUNA Gruppe
 Hamburg
 bis 27. Juni 2013

Andrea Thiemann
 Versicherungsangestellte,
 SIGNAL IDUNA Gruppe
 Hamburg

Brigitte Westphal
 Versicherungsangestellte,
 Mitglied des Gesamtbetriebsrates Deutscher Ring
 Krankenversicherungsverein a. G.
 Dortmund
 seit 27. Juni 2013

Vorstand

Dipl.-Kfm. Ulrich Leitermann
Dortmund
Vorstandsvorsitzender
Lenkung und Koordination der Unternehmensführung; Organe; Personal; Recht; Presse; PR; Revision; Konzernentwicklung
seit 1. Juli 2013
Finanzen und Finanzprodukte; Finanztöchter und Beteiligungen; Immobilien; Darlehen; Unternehmensrechnung; Steuern
bis 31. Dezember 2013

Reinhold Schulte
Dortmund
Vorstandsvorsitzender
Lenkung und Koordination der Unternehmensführung; Organe; Personal; Recht; Presse; PR; Revision; Konzernentwicklung
bis 27. Juni 2013

Dipl.-Kfm. Dr. Karl-Josef Bierth
Herdecke
ordentl. Vorstandsmitglied
Krankenversicherung:
Tarifentwicklung/-überwachung; Underwriting; Vertragswesen und Leistung; Service-Management
Deutscher Ring Kranken

Dipl.-Math. Marlies Hirschberg-Tafel
Hamburg
ordentl. Vorstandsmitglied
Lebensversicherung:
Tarifentwicklung/-überwachung; Underwriting; Vertragswesen und Leistung

Dipl.-Kfm. Michael Johnigk
ordentl. Vorstandsmitglied
Herdecke
Vertriebssteuerung; Außendienstorganisation; Marketing; Aus- und Weiterbildung; Personalentwicklung; LD/FD (Vertriebssteuerung/-unterstützung); Unternehmensverbindungen; Freie Vertriebe

Dipl.-Math. Michael Petmecky
Dortmund
ordentl. Vorstandsmitglied
Softwareentwicklung; Hardwarebetrieb der EDV; Datenschutz/Datensicherheit; Haustechnik; Allgemeine Verwaltung; Inkasso; Service-Center

Dipl.Kfm. Dr. Klaus Sticker
Leichlingen
ordentl. Vorstandsmitglied
Tarifentwicklung/-überwachung; Underwriting
STHUK, Vertragswesen und Schaden STHUK;
Kreditversicherung; Rückversicherung; Ausland

Dipl.-Volksw. Prof. Dr. Markus Warg
Hamburg
ordentl. Vorstandsmitglied
Betriebsorganisation; Qualitätsmanagement;
Planung und Controlling; Risikomanagement

Dipl.-Kfm. Martin Berger
Feldafing
stellv. Vorstandsmitglied
Finanzen und Finanzprodukte; Finanztöchter und Beteiligungen; Immobilien; Darlehen; Unternehmensrechnung; Steuern
seit 1. Januar 2014

Verantwortlicher Aktuar

Dipl.-Math. Dr. Matthias Brake
Nienburg an der Weser

Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Peter Gründel
Vizepräsident Finanzen
Hamburger Sportbund e. V.
Hamburg
stellv. Treuhänder

Dipl.-Volksw. Gerhard Lenschow
Geschäftsführer i. R.
HANSAINVEST Hanseatische
Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Bargteheide
stellv. Treuhänder
seit 1. September 2013

Werner Meyer-Barthel
Hamburg
stellv. Treuhänder
bis 31. August 2013

Dipl.-Bankbetriebsw. Lothar Schacht
Vorstandsmitglied i. R.
SIGNAL IDUNA Bauspar Aktiengesellschaft
Tangstedt
stellv. Treuhänder
seit 1. Dezember 2013

Abschlussprüfer

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Frankfurt am Main

Konzernangaben

Der Deutscher Ring Krankenversicherungsverein a. G., Hamburg, (Amtsgericht Hamburg, Handelsregisternummer HRB 4673), stellt als Mutterunternehmen für den größten und den kleinsten Kreis der Unternehmen einen Konzernabschluss nach HGB auf. Dieser wird im Bundesanzeiger veröffentlicht und beim Unternehmensregister am Geschäftssitz hinterlegt.

Zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehören folgende Unternehmen:

SIGNAL Krankenversicherung a. G., Dortmund
Deutscher Ring Krankenversicherungsverein a. G., Hamburg
IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe, Hamburg
SIGNAL IDUNA Lebensversicherungsgesellschaft AG (SIGNAL IDUNA Zycie Polska Towarzystwo Ubezpieczeń S.A.), Warschau
SIGNAL IDUNA Lebensversicherungsgesellschaft AG (SIGNAL IDUNA ASIGURĂRI DE VIAȚĂ S.A.), Bukarest
SIGNAL IDUNA Sterbekasse VVaG, Dortmund
SIGNAL IDUNA Pensionskasse Aktiengesellschaft, Hamburg
SIGNAL IDUNA Holding Aktiengesellschaft, Dortmund
SIGNAL Unfallversicherung a. G., Dortmund
SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Dortmund
ADLER Versicherung AG, Dortmund
PVAG Polizeiversicherungs-Aktiengesellschaft, Dortmund
SIGNAL Versicherung AG (SIGNAL Biztosító Zrt.), Budapest
SIGNAL IDUNA Sachversicherungsgesellschaft AG (SIGNAL IDUNA Polska Towarzystwo Ubezpieczeń S.A.), Warschau
DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG, Wiesbaden
SIGNAL IDUNA Rückversicherungs AG, Zug
SIGNAL IDUNA Bauspar Aktiengesellschaft, Hamburg
HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg
DONNER & REUSCHEL Aktiengesellschaft, Hamburg
SIGNAL IDUNA Asset Management GmbH, Hamburg

SIGNAL IDUNA Vertriebspartnerservice Aktiengesellschaft, Dortmund
OVH Holding AG, Köln
SIGNAL IDUNA Online GmbH, Hamburg
SIGNAL IDUNA Select Invest GmbH, Hamburg
Balance Vermittlungs- und Beteiligungs-AG, Hamburg

Sie stehen unter einheitlicher Leitung und bilden deshalb einen Konzern nach Aktiengesetz.

Hamburg, 14. März 2014

Der Vorstand

Leitermann Dr. Bierth

Hirschberg-Tafel Johnigk

Petmecky Dr. Sticker

Prof. Dr. Warg Berger

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutscher Ring Krankenversicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 11. April 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Michael Peters
Wirtschaftsprüfer

ppa. Michael Kilbinger
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat während des Berichtsjahres seine nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Er hat sich insbesondere vom Vorstand während des Geschäftsjahres regelmäßig über die Geschäftsentwicklung, die Risiken und die finanzielle Situation des Unternehmens sowie über die Lage der Gesellschaft schriftlich und mündlich unterrichten lassen und die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. In seinen Sitzungen informierte sich der Aufsichtsrat eingehend über die geschäftlichen Aktivitäten des Unternehmens und fasste die notwendigen Beschlüsse.

Der Aufsichtsrat konnte sich durch seine Prüfungen von der ordnungsgemäßen Geschäftsführung des Vorstandes überzeugen.

Im Aufsichtsratsausschuss Kapitalanlagen ist über bedeutsame Anlagevorhaben beraten worden. Der Ausschuss hat die ihm obliegenden Beschlüsse gefasst. Im Aufsichtsratsausschuss Versicherungstechnik wurden neue Entwicklungen erörtert und gemeinsam mit dem Vorstand beschlossen.

Der Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31. Dezember 2013 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Prüfungsbericht zur Kenntnis genommen und stimmt dem Ergebnis der Prüfungen zu.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht lagen dem Aufsichtsrat vor und sind von ihm geprüft worden. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss gebilligt, der damit festgestellt ist.

Dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SIGNAL IDUNA Gruppe gilt der Dank des Aufsichtsrates für die im Jahre 2013 geleistete Arbeit.

Hamburg, 21. Mai 2014

Der Aufsichtsrat

Reinhold Schulte
Vorsitzender

Unser Servicenetz: nah am Kunden.





Deutscher Ring 
Krankenversicherungsverein a.G.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Neue Rabenstr. 15-19, 20354 Hamburg
Internet: www.DeutscherRing-Kranken.de
E-Mail: Service@DeutscherRing-Kranken.de